

Deindustrialisierung als Drohung: das aufgeschobene Ende der letzten Aluminiumhütte der Schweiz

Andreas FASEL & Leo GROB

1888 nahm die Aluminium Aktiengesellschaft AIAG im schweizerischen Neuhausen mit deutschem Kapital und französischer Technologie eine der weltweit ersten Aluminiumfabriken in Betrieb. Angezogen von der preiswerten Hydroelektrizität und einem grossen Arbeitskräfte-Reservoir verarmter Bauern expandierte die AIAG im frühen 20. Jahrhundert in den peripheren Bergkanton Wallis im Süden der Schweiz und wurde dort zum wichtigsten industriellen Arbeitgeber. Im Dorf Chippis im französischsprachigen Teil des Kantons liess das Schweizer Unternehmen 1908 im Schichtbetrieb Rohaluminium herstellen. In unmittelbarer Nähe dazu, in Siders, nahm es 1929 ein Press- und Walzwerk zur Weiterverarbeitung von Rohaluminium in Betrieb. Während der Hochkonjunktur in den 1960er-Jahren liess der mittlerweile in Alusuisse umbenannte, multinationale und vertikal integrierte Konzern eine hochmoderne Aluminiumhütte im deutschsprachigen Steg im Oberwallis bauen. Im Frühjahr 1993 kündigte die Konzernleitung an, die Rohaluminiumproduktion in der Schweiz endgültig einzustellen und die Hütte in Steg zu schliessen. Verantwortlich machten die Manager hierfür Standortnachteile des Wallis und die tiefen Rohaluminiumpreise.

Die Belegschaften dieser Walliser Alusuisse-Fabriken hatten zu diesem Zeitpunkt bereits eine lange, sorgengeplagte Phase mit sinkenden Beschäftigungszahlen, stagnierenden Löhnen und drohenden Betriebsschliessungen hinter sich. Ab Mitte der 1970er-Jahre, nach zwei Jahrzehnten des forcierten Wachstums während der Hochkonjunktur der 1950er- und 1960er-Jahren, drohte den Walliser Aluminiumbetrieben die Gefahr der Deindustrialisierung. Die Gewerkschaften der Metallindustrie hatten sich seit der Zwischenkriegszeit einer sozialpartnerschaftlichen Politik des unbedingten Arbeitsfriedens verpflichtet und übernahmen eine betriebliche Ordnungs- und Befriedungsfunktion gegenüber den Belegschaften. Angesichts der unternehmerischen Politik von Restrukturierungen, Abbauprogrammen und Schliessungsdrohungen bekundeten diese Gewerkschaften Mühe, strategische Antworten zu finden,

konzentrierten sich auf eine abfedernde Begleitung der Restrukturierungen und verzichteten sowohl auf öffentlichen Protest als auch auf die Mobilisierung der Arbeiterschaft. In dieser Konstellation waren nicht nur die strategischen Optionen sehr stark eingeschränkt, auch die Imaginationsfähigkeit für alternative Entwicklungspfade verkümmerte.

Der Schliessungsentscheid für Steg von 1993 blieb allerdings – im Unterschied zu den Restrukturierungen der vorangehenden zwei Jahrzehnten – nicht unwidersprochen. In den folgenden Monaten mobilisierten Oberwalliser Gewerkschafter und lokale Politiker gegen die Betriebsschliessung. Für einen kurzen Moment schien die Belegschaft die in den letzten Jahren akkumulierten Ängste abschütteln zu können und ein Möglichkeitsfenster aufzustossen, das aus der strategischen Sackgasse der dozierten Gewerkschaftspolitik hinauswies.

Dieser Beitrag fokussiert auf die Schliessung der letzten Aluminiumhütte der Schweiz und beleuchtet die Erfahrungen, Erwartungen und Strategien der beteiligten Akteure. Wir verstehen Deindustrialisierung dabei weder als quasi-natürliche ökonomische Entwicklung noch als eine abgeschlossene (und nun in ihren soziokulturellen Wirkungen zu untersuchende) Sache, sondern als ein umkämpftes Terrain, als einen offenen und umkehrbaren Prozess¹. Wir untersuchen die Politiken dieser Betriebschliessung, indem wir das Wechselspiel in den Blick nehmen zwischen managerialen Diskursen, welche die Schliessung als alternativlosen, wirtschaftlich zwingenden Automatismus darstellten, und den Versuchen auf der Seite der Belegschaft, einen Moment der Aushandlung zu gewinnen, um so Raum für alternative Entwicklungspfade zu schaffen. Eine Rolle spielte hierbei auch die staatliche Konjunktur- und Industriepolitik, weil diese den Möglichkeitsraum der Gewerkschaften, der Behörden und des Unternehmens beeinflussten. Wir fragen folglich nach den unternehmerischen Machtpolitiken, der Rolle der Gewerkschaften und ihrer moralischen Ökonomie sowie nach der Rolle staatlicher Wissensproduktion und Wirtschaftspolitik in dieser Konstellation.

1. Wie Steven High in einem Blogbeitrag betont hat, können Analysen über industriellen Niedergang und lebensweltlichen Verlust nur bis zu einem gewissen Punkt Politiken der Arbeiter:innenklasse informieren. Er schlägt dagegen vor : « As a field, we need to engage with the wider structures of socio-economic and political power so we understand better the underlying historical forces at work and how we might begin to counter them. » Steven High, « A New Era in Deindustrialization Studies ? », *Working-Class Perspectives* (Blog), 30.9.2019, <https://workingclassstudies.wordpress.com/2019/09/30/a-new-era-in-deindustrialization-studies/> [14.8.2023].

Während die Politiken von Betriebsschliessungen in der internationalen Forschung – vor allem im globalen Norden – breit erforscht wurden², wurde die Deindustrialisierung in der Schweiz wenig diskutiert und kaum erforscht. Dieses Desinteresse erscheint paradox : Denn bis 1970 zählte die Schweiz zu den am stärksten industrialisierten Ländern der Welt, wurde dann Mitte der 1970er (und erneut in den 1990er-Jahren) so schwer wie kaum eine andere Nationalökonomie vom Konjunkturunbruch getroffen³ und wies ab dann einen beachtlichen Rückgang des Anteils des Zweiten Sektors an der Erwerbsbevölkerung auf⁴. Diese Indifferenz könnte mit der Tatsache zusammenhängen, dass die von Konjunkturunbrüchen und Deindustrialisierung ausgelösten sozialen Verheerungen und finanzpolitischen Probleme in den 1970er-Jahren externalisiert werden konnten, indem die Arbeitslosigkeit auf ausländische Arbeitskräfte ohne längerfristige Aufenthaltsbewilligungen und Frauen abgewälzt wurde⁵. Konjunkturpolitik hiess in der Schweiz vor allem Migrationspolitik⁶. Der Export der Arbeitslosigkeit ins Ausland war so massiv, dass er sich an der Bevölkerungsentwicklung eindeutig ablesen lässt : zwischen 1840 und 1980 ging die Wohnbevölkerung einzig während der sog. spanischen Grippe 1918 und in den Jahren 1975 bis 1977 zurück⁷. Mehr als 300000 Menschen mussten die Schweiz verlassen⁸.

2. Diese Perspektivierung auf die sozialen Konflikte rund um Betriebsschliessungen war bereits in frühen Werken zentral, vgl. Barry Bluestone u. Bennet Harrison, *The Deindustrialization of America : Plant Closings, Community Abandonment, and the Dismantling of Basic Industry* (New York : Basic Books, 1982). Oder auch Tony Dickson u. David Judge (Hg.), *The Politics of Industrial Closure* (London : Palgrave Macmillan, 1987). Eine jüngere Publikation : Marion Fontaine, Steven High u. Lauren Laframboise, *The Politics of Deindustrialization*, in *Labor History* 65, Nr. 3 (2024). Für Forschungsberichte vgl. Steven High, « 'The Wounds of Class' : A Historiographical Reflection on the Study of Deindustrialization, 1973–2013 », *History Compass* 11, Nr. 11 (2013), S. 994–1007; Marion Fontaine u. Xavier Vigna, « Introduction. La désindustrialisation, une histoire en cours », 20 & 21. *Revue d'histoire* 144, Nr. 4 (2019), S. 3–17; Christopher Lawson, « Making Sense of the Ruins : The Historiography of Deindustrialisation and Its Continued Relevance in Neoliberal Times », *History Compass* 18, Nr. 8 (2020), e12619, <https://doi.org/10.1111/hic3.12619>.

3. Die Industrieproduktion sank Mitte der 1970er-Jahre um 6%, die industrielle Beschäftigung gar um 12%. In den Jahren 1975 und 1976 schrumpfte das BIP real um – international nirgends erreichte – gut 7%. Vgl. Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (München : C.H. Beck, 2015), S. 419–420; Patrick Halbeisen u. Tobias Straumann, « Die Wirtschaftspolitik im internationalen Kontext », in Patrick Halbeisen, Margrit Müller u. Béatrice Veyrassat (Hg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (Basel : Schwabe, 2012), S. 1053.

4. Selbst im OECD-Durchschnitt ragte die Schweiz punkto Industriesektor obenaus : 1960 und 1970 lag der Beschäftigungsanteil des industriell-gewerblichen Sektors in der Schweiz bei 46–48,5%, während die europäischen OECD-Länder zwischen 1960 und 1973 bei 38% lagen. Vgl. Béatrice Veyrassat, « Industriesektor », in Marco Jorio (Hg.), *Historisches Lexikon der Schweiz*, Vers. 8.5.2008, S. 1053, [https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013956/2008-05-08/\[17.4.2023\]](https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013956/2008-05-08/[17.4.2023]).

5. Halbeisen u. Straumann, « Wirtschaftspolitik », S. 1053.

6. Bernard Degen, « Konjunkturpolitik », in Marco Jorio (Hg.), *Historisches Lexikon der Schweiz*, Vers. 11.11.2010, [https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013918/2010-11-11/\[9.5.2023\]](https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013918/2010-11-11/[9.5.2023]).

7. Bundesamt für Statistik, *Demografisches Porträt der Schweiz 2005* (Neuchâtel : BFS, 2005), S. 10.

8. Marcel Heiniger, « Einwanderung », in Marco Jorio (Hg.), *Historisches Lexikon der Schweiz*, Vers. 7.12.2006, [https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007991/2006-12-07/\[27.4.2023\]](https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007991/2006-12-07/[27.4.2023]).

Dieser Beitrag geht in einem ersten Schritt auf die geographischen und sozioökonomischen Charakteristika des Kantons sowie die spezifische Form der schweizerischen industriellen Beziehungen ein, welche die Prozesse der Industrialisierung und Deindustrialisierung im Wallis stark geprägt haben. Zweitens beleuchten wir aus einer wissenshistorischen Perspektive, wie verschiedene Akteure auf den Konjunkturerinbruch der 1970er Jahre und die Deindustrialisierung reagierten. In einem dritten Schritt gehen wir auf die Politiken der Betriebsschliessung in Steg in den 1990er-Jahren ein und beleuchten die Rolle des Unternehmens, der Gewerkschaften und der Behörden. Im letzten Teil betrachten wir die drohende Deindustrialisierung von zwei Seiten : zum einen als Versuch des Schweizer Konzerns Alusuisse, sich aus der räumlichen Fixierung und sozialen Einbettung im Wallis zu lösen, und zum anderen als Drohgebärde und Machtmittel des Managements, um Extraprofite zu erzielen.

1 Industriearbeit in einer abgelegenen Bergregion

Industrie und Beschäftigung im Wallis des 20. Jahrhunderts

Die geographischen und ökonomischen Charakteristika des Bergkantons Wallis prägten die dortige Industrie und Beschäftigung. Das Territorium des Kantons liegt gänzlich in den Alpen im Süden der Schweiz und wird geographisch bestimmt durch das longitudinal verlaufende Rhonetal, das Bergketten im Süden von Italien und im Norden von der Deutschschweiz abgrenzen. Ökonomisch nahm das Wallis in der modernen Schweiz eine tendenziell abhängige Position ein.

Während einige Schweizer Regionen Mitte des 19. Jahrhundert zu den meistindustrialisierten Regionen der Welt gehörten, war das Wallis bis 1950 sehr stark agrarisch geprägt⁹. Der Kanton erlebte erst um 1900 eine Phase forcierter Industrialisierung : 1888 war der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten im nationalen Vergleich nirgends höher als im Wallis (76% der Walliser Bevölkerung), in der Industrie arbeiteten nur 12%¹⁰. Mit der Hochkonjunktur der 1950er- und 1960er-Jahre erlebte das Wallis eine nachholende, forcierte « zweite » Industrialisierung¹¹.

Die hohen Gebirgszüge minderten die Transportmöglichkeiten, zumindest nach Süden und Norden, und hatten die Ansiedlung von Industrien lange erschwert. Auch

9. Myriam Évéquoz, « Wallis », in Marco Jorio (Hg.), *Historisches Lexikon der Schweiz*, Vers. 4.4.2022, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007396/2022-04-04/> [21.7.2023].

10. Myriam Évéquoz, « L'économie valaisanne de 1850 à 1985 », in Stephan Dayer (Hg.), *Aspects de l'économie valaisanne. Histoire, réalités, perspectives* (Sion : Dépt. de l'instruction publique, 1992), S. 28.

11. Werner Bellwald u. Sandro Guzzi, « Fabriken, Forschungen und Fragen. Einführung ins Thema », in dies. (Hg.), *Ein industriefeindliches Volk? Fabriken und Arbeiter in den Walliser Bergen* (Baden : Hier u. Jetzt, 2006), S. 24.

mangelte es in der Gegend an kreditgebenden Banken, sodass eine endogene Industrieentwicklung gehemmt war¹². Doch just dieses geologische Charakteristikum wurde an der Wende zum 20. Jahrhundert zum Anreiz für eine erste grossindustrielle Entwicklung. Die im Hochgebirge liegenden Gletscher konzentrierten enorme Wassermassen, die – in die steil abfallenden Täler geleitet – zur Erzeugung hydroelektrischer Energie genutzt werden konnten¹³. Diese Elektrizität konnte aus technischen Gründen noch nicht über weite Distanzen transportiert werden. Das trug dazu bei, dass sich um 1900 stromintensive Betriebe der Elektrochemie (1897 die Lonza in Gampel, 1904 die Ciba in Monthey) und der Aluminiumherstellung (1905 mit einer Aluminiumhütte der Aluminiumindustrie Aktiengesellschaft AIAG in Chippis) ansiedelten¹⁴. Neben diesem Überfluss an hydroelektrischer Energie zog ein Reservoir an kostengünstiger Arbeitskraft die Industrieunternehmen an, denn an der Schwelle zum 20. Jahrhundert sahen sich noch zahlreiche Walliser gezwungen, Arbeit jenseits der Kantons Grenzen zu suchen.

Die drei Grossbetriebe wuchsen rasch. Die Aluminiumhütte in Chippis war 1915 mit 2000 Arbeitern bereits der grösste industrielle Arbeitgeber des Kantons¹⁵. 1929 expandierte die AIAG und liess ein Walz- und Presswerk in Siders bauen. In dieser frühen Industrialisierungsphase entstanden viele kleinere und mittelgrosse Industrien¹⁶. Der Grossteil der industriellen Beschäftigung konzentrierte sich aber auf die Fabriken der drei Grossunternehmen Lonza, Ciba und AIAG, sodass die Industriearbeiter stark von diesen Unternehmen abhängig waren.

Im Verhältnis zur übrigen Schweiz befand sich das Wallis in einer peripheren Lage und ökonomisch abhängigen Position, war aber gleichzeitig überregional und transnational vernetzt¹⁷. Die im frühen 20. Jahrhundert neu ausgebildeten Verbindungslinien nach Italien und in die nördlich gelegenen Regionen beschleunigten überregionale und transnationale Ströme von Waren und Arbeitskräften. Es waren insbesondere mehrere grosse Eisenbahntunnel-Projekte, welche nach 1900 den Personen- und Gütertransport über die Walliser Bergketten hinweg – beziehungsweise durch sie hindurch – intensivierten. 1906 verband der Simplon-Eisenbahntunnel das Wallis

12. Bellwald u. Guzzi, « Fabriken, Forschungen und Fragen », S. 29–30.

13. Beat Kaufmann, *Die Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton* (Zürich : Polygraphischer Verl., 1965), S. 33.

14. Ebd., S. 30.

15. Sandro Guzzi, « Industrie im Wallis. Fakten, Zahlen, Entwicklungen », in Werner Bellwald u. ders. (Hg.), *Ein industriefeindliches Volk? Fabriken und Arbeiter in den Walliser Bergen* (Baden : Hier u. Jetzt, 2006), S. 50.

16. Ebd., S. 23.

17. Luc van Dongen, « Chronologie de l'industrialisation et de la désindustrialisation du Valais », in ders. u. Grégoire Favre (Hg.), *Mémoire ouvrière. Ouvriers, usines et industrie en Valais : à la croisée de l'histoire, de la mémoire et de l'art* (Sierre : Éd. Monographic, 2011), S. 17.

mit der italienischen Ossola-Region. 1913 lieferte der Lötschberg-Eisenbahntunnel eine direkte Verbindung in den Kanton Bern¹⁸.

Die Walliser Industrieproduktion war stark exportorientiert : 1910 steuerten die Metallurgie, die Chemieindustrie sowie die Minenindustrie und Steinbrüche über die Hälfte der Walliser Exportsumme bei¹⁹. Das Kapital, die Führungskräfte und das technische Know-how für die grossindustriellen Betriebe kamen indes von ausserhalb der Kantons Grenzen. Auch die Unternehmenshauptsitze befanden sich fernab des Bergkantons – Entscheide über Investitionen oder Strategien kamen daher stets « von aussen ».

Die Verbindungswege nach Italien ermöglichten transnationale Migrationsbewegungen industrieller Arbeitskräfte. Die nach 1900 steigende Nachfrage nach (schlecht bezahlten) Arbeitskräften in den neuen Industrien und Infrastrukturprojekten (Eisenbahn, Tunnelbau, Strassen, Hochwasserschutz) verwandelte das Wallis allmählich von einem Emigrations- zu einem Immigrationskanton und die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, insbesondere aus der italienischen Ossola-Region, nahm bis zum Ersten Weltkrieg stark zu²⁰. In der AIAG-Aluminiumhütte in Chippis arbeiteten 1916 um die 20% ausländische Arbeitskräfte²¹.

In den 1950er bis zur Krise der 1970er-Jahre wuchs die Walliser Wirtschaft überdurchschnittlich stark, das Pro-Kopf-Einkommen nahm zum nationalen Durchschnitt überproportional zu²². Die in diesen Jahren ausgebauten Industrien setzten auf das tiefe Lohnniveau und stellten meist einfache, standardisierte Produkte her²³. Diese Wachstumsphase endete abrupt mit der weltweiten Rezession Mitte der 1970er-Jahre. Im Wallis gingen zwischen 1974 und 1976 2000 Arbeitsplätze verloren. Besonders stark traf es die in den 1960er-Jahren stark gewachsene Baubranche²⁴. Die industrielle Beschäftigung ging um 13% zurück, was etwas unter dem Schweizer Durchschnitt von 15% lag. Dieser Rückgang traf die Beschäftigten keineswegs

18. Bellwald u. Guzzi, « Fabriken, Forschungen und Fragen », S. 31.

19. Ebd.

20. Gérald Arlettaz u. Silvia Arlettaz, « Les étrangers et la nationalisation du Valais 1895–1945 », in Groupe valaisan de sciences humaines (Hg.), *Le Valais et les étrangers XIX^e–XX^e. Travaux et recherches 1992* (Sion, 1992), S. 67-75. Zur industriellen Entwicklung der Ossola-Region vgl. Umberto Chiaramonte u. Sergio Lucchini, « Economia e sviluppo industriale », in Lions Club Domodossola (Hg.), *Terra d'Ossola* (Domodossola, 2005), S. 267–295.

21. Arlettaz u. Arlettaz, « Étrangers et nationalisation », S. 91.

22. Guzzi, « Industrie im Wallis », S. 53.

23. Ebd., S. 54.

24. Evéquoz, « Économie valaisanne », S. 60.

gleichmässig : Betroffen waren insbesondere weibliche und ausländische Arbeitskräfte; die Beschäftigung von männlichen Arbeitskräften blieb indes stabil²⁵. Zwischen 1970 und 1980 sank die Beschäftigung im zweiten Sektor im Wallis um gut 2000 Arbeitskräfte auf 35494, stagnierte bis 1990 und sank bis 2000 erneut deutlich – wobei im letzten Fall die Zahlen mit Vorsicht zu geniessen sind²⁶. Der Anteil der im zweiten Sektor Beschäftigten sank von 42,1% (1970) auf 36,8% (1980) und 31,2% (1990) sowie im Jahr 2000 auf 22,5%²⁷.

Der Konjunktureinbruch Mitte der 1970er-Jahre wurde von Walliser Unternehmerkreisen als ambivalente Entwicklung aufgefasst : zwar verdüsterte die Krise den Erwartungshorizont der Arbeitgeber, zugleich schien sie aber das Kräfteverhältnis zugunsten der Unternehmenseite zu verschieben. Dies zeigt eine Befragung unter Walliser Unternehmen, welche die Walliser Industriellenvereinigung Union des industriels valaisans durchführte. Das erhobene Stimmungsbild war mit Blick auf die zukünftige Konjunktur eher düster²⁸. Zum anderen stellten die Unternehmen aber erfreut fest, dass das Personal aus Angst vor Entlassungen eine gesteigerte Leistungsbereitschaft zeigte. Daraus leiteten die Patrons ab, dass in ihren Betrieben Rationalisierungsmöglichkeiten bzw. Einsparpotentiale beim Faktor Arbeit existierten : « Le rendement meilleur du personnel, qui craint le licenciement, fait apparaître qu'il y en a trop ! Conséquence inattendue de la récession »²⁹. Bei den Walliser Werken von Alusuisse schien man sich diese Erkenntnis in den folgenden Jahren zu Herzen zu nehmen. Hatte die Beschäftigung in den 1950er- und 1960er-Jahre noch kräftig zugenommen, setzte ab Mitte der 1970er-Jahre eine Trendwende ein und die Zahl der Beschäftigten wurde sukzessive abgebaut³⁰. 1975 meldete Alusuisse Kurzarbeit an. Wie die linke Zeitung *Rote Anneliese* vermeldete, baute man den Personalbestand um 200 Arbeitskräfte ab, indem man Abgänge nicht ersetzte. Dies traf insbesondere Italiener, deren Verträge nicht erneuert wurden³¹.

Räumliche Konstellation und industrielle Beziehungen

Bevor wir auf die Schliessung der Aluminiumhütte in Steg eingehen, soll auf die Walliser Arbeiterschaft und die industriellen Beziehungen eingegangen werden. Mit

25. van Dongen, « Chronologie de l'industrialisation et de la décentralisation du Valais », S. 61.

26. Die Zahlen sind nicht eindeutig, weil ein beachtlicher Teil der in der Volkszählung Befragten keine Angaben dazu machten : Evéquoz, « Wallis ».

27. Vgl. Tab. Erwerbsstruktur des Kantons Wallis 1860–2000 bei Evéquoz, « Wallis ».

28. Staatsarchiv Wallis (StAW), CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, Union des industriels valaisans an Vorort, 17.2.1975.

29. Ebd. – « Die höhere Leistung bei Beschäftigten, die Angst vor Entlassungen haben, zeigt : Es sind zu viele ! Eine unerwartete Folge der Rezession. »

30. Bellwald u. Guzzi, « Fabriken, Forschungen und Fragen », S. 24.

31. « Betriebsnachrichten », *Rote Anneliese* 7 (1975), S. 8.

der Ansiedlung der Grossindustrie um 1900 überlagerte die soziale Welt der Fabrik die agrarisch geprägte Welt des Dorfes und schuf eine Raumkonstellation, die Personenflüsse zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Bergtälern und Talebene sowie zwischen Italien und Wallis benötigte. Eine wichtige Figur, gewissermassen als Brücke zwischen Industrie und Landwirtschaft, war hierbei der Arbeiterbauer³². Die Fabriken zogen Arbeitskräfte an, die sich in den umliegenden Dörfern ansiedelten. So bildeten sich im Rhonetal auch eigenständige neue Arbeiter-Milieus aus, nicht zuletzt durch immigrierte Italiener³³. Viele Schweizer Arbeitskräfte bei der AIAG zogen es hingegen vor, als Arbeiterbauern aus den Seitentälern des Rhonetals weite Strecken in die Fabriken der Talebene zu pendeln. Die um 1900 aus der Bauernschaft rekrutierten Industriearbeiter lösten sich nur langsam von ihrer landwirtschaftlichen Verankerung. Denn die (weitgehend von Frauen und Kindern geleisteten) subsistenzwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Arbeiten kompensierten die niedrigen Industrielöhne und schützten vor Konjunkturereinbrüchen – insbesondere in der krisenanfälligen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Unternehmen unterstützte diese hybride Form von Arbeitskraft und half, die Rhythmen von Schichtarbeit und Landwirtschaft zu synchronisieren, indem es Transporte zwischen den Bergtälern und Fabrikarealen subventionierte. Diese unternehmerische Unterstützung mag auch damit zusammenhängen, dass diesen Arbeiterbauern eine besondere Zähheit gegenüber den Nachteilen der Schwerindustrie sowie eine hohe Loyalität gegenüber ihren Arbeitgebern nachgesagt wurde³⁴.

Sowohl Unternehmen als auch Arbeitskräfte prägten als geographische Akteure die spezifische räumliche Konstellation der Walliser Industrie³⁵. Diese Raumstruktur mit ihren spezifischen Mobilitäten zwischen agrarischer und industrieller Welt sowie zwischen Italien und der Schweiz blieb vom frühen 20. Jahrhundert bis zur schrittweisen Deindustrialisierung ab 1975 relativ stabil. Ab Mitte der 1970er-Jahre nahmen, wie Thomas Welskopp es formuliert hat, die institutionellen Bindungen zwischen Kapital und Arbeit ab³⁶. Das Kapital wollte mobiler werden. Wie wir am Beispiel

32. Zu den Walliser Arbeiterbauern bei Alusuisse vgl. Régine Pralong, « L'ouvrier-vigneron d'Alusuisse. Evolution de cette pluriactivité dans le Valais Central entre 1930 et 1980 », Lic. (Univ. Fribourg, 2006).

33. Guzzi, « Industrie im Wallis », S. 50.

34. Werner Bellwald, « Die Lonza. Vom Karbid zur Biochemie », in ders. u. Sandro Guzzi (Hg.), *Ein industriefeindliches Volk? Fabriken und Arbeiter in den Walliser Bergen* (Baden : Hier u. Jetzt, 2006), S. 268–269; Stéphane Anderegg, « Das industrielle Wallis als permanente Baustelle. Von der Elektrolyse im 19. Jahrhundert zur Stammzellenforschung im 21. Jahrhundert », in Werner Bellwald u. Sandro Guzzi (Hg.), *Ein industriefeindliches Volk? Fabriken und Arbeiter in den Walliser Bergen* (Baden : Hier u. Jetzt, 2006), S. 512.

35. Vgl. Andrew Herod, « Workers, Space, and Labor Geography », *International Labor and Working-Class History* 64 (2003), S. 112–138.

36. Thomas Welskopp, « Das Unternehmen als Körperschaft. Entwicklungslinien der institutionellen Bindung von Kapital und Arbeit im 19. und 20. Jahrhundert », in ders., *Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und Klassengesellschaft* (Tübingen : Mohr Siebeck, 2014), S. 229–255

des Alusuisse-Werkes in Steg zeigen, drängte das Kapital zu seiner Verlagerung und Verflüssigung und suchte – insbesondere in den 1990er-Jahren – nach kurzfristigen, hohen Profiten und Aktienkursgewinnen.

Diesem Streben des Kapitals nach grösserer Mobilität und Verflüssigung stand allerdings seine systemisch notwendige, räumliche Fixierung entgegen. Kapital muss sich in der Form von Gebäuden, Kraftwerken oder Strassen im Territorium fixieren³⁷. Zu seiner Verwertung ist es an konkrete Orte der Produktion gebunden und bleibt dabei gewissermassen an den damit einhergehenden Machtbeziehungen zwischen Unternehmen und Arbeitskräften kleben. Dieser Widerspruch zwischen Drang nach Verflüssigung und sozio-räumlicher Fixierung zeigt sich im Prozess der Deindustrialisierung. Als vermittelnder Faktor spielen dabei die institutionalisierten industriellen Beziehungen eine Rolle, die in der Folge kurz dargestellt werden. Die industriellen Beziehungen in der Schweiz orientierten sich seit der Zwischenkriegszeit an einer paritätischen Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften³⁸. Den Gewerkschaften kam dabei die Rolle als branchenweite Verhandlungs- und Vertragspartner und als betrieblicher Ordnungsfaktor zu³⁹. Dieses Arrangement zielte auf einen gänzlichen Verzicht auf Kampfmassnahmen wie Aussperrungen oder Streiks ab, ein Pakt zwischen Kapital und Arbeit, der in der Schweiz « Arbeitsfrieden » genannt wird.

Dieses Modell bedurfte der Befriedung der Arbeiterschaft und nahm mit einer Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in der Metall- und Maschinenindustrie eine wichtige Hürde. Mit dem 1937 unterzeichneten sog. Friedensabkommen vereinbarten der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband SMUV, der kleinere Christliche Metallarbeiterverband CMV und zwei weitere kleine Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller ASM, im Falle von betrieblichen Konflikten einem Schlichtungsverfahren zu folgen⁴⁰.

Das Modell absoluter Friedenspflicht setzte sich nach einer Streikwelle zwischen 1945 und 1949 dank Tarifverträgen (in der Schweiz sog. Gesamtarbeitsverträge oder GAV) langfristig durch. Im Unterschied zum « Friedensvertrag » beinhalteten GAV auch normative Bestandteile – etwa zu Löhnen oder Arbeitsbedingungen. Die erfolgreiche Befriedung der Arbeiterschaft zeigte sich darin, dass die Schweiz in der

37. David Harvey, « Globalization and the «Spatial Fix» », *Geographische Revue* 3, Nr. 3 (2001), S. 25.

38. Tanner, *Geschichte der Schweiz*, S. 26.

39. Ebd.

40. Zum Friedensabkommen vgl. Andreas Fasel, *Fabrikgesellschaft. Rationalisierung, Sozialpolitik und Wohnungsbau in der Schweizer Maschinenindustrie, 1937–1967* (Zürich : Chronos, 2021), S. 19-24.

zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den Industrieländern mit der geringsten Streiktätigkeit zählte⁴¹.

Dieser Übergang hin zu befriedeten industriellen Beziehungen vollzog sich in den Walliser Alusuisse-Fabriken geradezu beispielhaft. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war von konfliktgeladenen industriellen Beziehungen und wilden Streiks in den Jahren 1917, 1942 und 1954 geprägt⁴². Dabei gelang es der Gewerkschaft SMUV, sich den Arbeitgebern als betrieblicher Ordnungsfaktor zu empfehlen, was die Grundlage für eine kompromissorientierte Verhandlungskultur etablierte, die knapp drei Jahrzehnte Bestand haben sollte. Den im Juni 1917 ausgebrochenen wilden Streik in der Fabrik in Chippis beendete die Unternehmensleitung mit der entschiedenen Unterstützung der politischen Obrigkeit⁴³. Die AIAG hatte umgehend alle streikenden Arbeiter entlassen, während die Schweizer Armee ebendiese Entlassenen – gestützt auf einen Bundesratsbeschluss – kurzerhand per Militärrecht zwang, an die Öfen der Elektrolyse zurückzukehren⁴⁴. Zugleich leitete das Unternehmen Schritte ein, um derartige Konflikte in Zukunft zu vermeiden und gründete eine Arbeiterkommission, die nun als Kommunikationskanal zwischen Belegschaft und Patrons fungierte. Als im Juni 1942 ein Lohnkonflikt in Chippis entbrannte, bemühte sich der SMUV, die noch junge « Friedenspolitik » durchzusetzen. Letztendlich schafften es die SMUV-Sekretäre, moderatere Forderungen durchzusetzen, womit sie sich gegenüber den Arbeitgebern erfolgreich als konfliktentschärfende Instanz profilieren, wie aus einem Brief des Arbeitgeberverbands ASM an seine Mitglieder hervorgeht : « Während der ganzen Streikbewegung setzt sich der Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverband für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit kräftig ein. Der SMUV hob hervor, dass der wilde Streik ausserhalb der Gewerkschaft und deren Vertrauensmänner entstanden ist »⁴⁵. 1954 brach der nächste wilde Streik aus. Der SMUV vermied es dieses Mal gar von Streik zu sprechen⁴⁶. Nachdem SMUV-Funktionäre die Verhandlungen von dem von den Arbeitern gewählten Verhandlungskomitee übernommen hatten, konnte eine Einigung mit der Direktion erzielt werden : die Situation vor dem Streik wurde restauriert, das Unternehmen verzichtete

41. Bernard Degen, « Arbeitsfrieden », in Marco Jorio (Hg.), *Historisches Lexikon der Schweiz*, Vers. 6.5.2010, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016535/2010-05-06/> [20.7.2023].

42. Vgl. Aymon Benoît, « Un demi-siècle de lutte ouvrière à l'aluminium de Chippis », Lic. (Univ. Genève, 1979) ; Joël Varone, « 1954 : trois jours de grève aux usines d'aluminium de Chippis. Au-delà des consignes de paix du travail », *Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier* 28 (2012), S. 63–78.

43. Zur Geschichte des Streiks von 1917 vgl. Alain Schweri, « La grève de 1917 aux usines d'aluminium de Chippis. Un exemple de traumatisme industriel en pays agricole », Lic. (Univ. Genève, 1988).

44. Frank Garbely, « Kanton Alusuisse. Alusuisse im Wallis », in Tobias Bauer et al., *Silbersonne am Horizont. Alusuisse – eine Schweizer Kolonialgeschichte* (Zürich : Limmat, 1989), S. 194–208.

45. Schweizerisches Wirtschaftsarchiv (SWA), PA 600 b E 3-1-46, Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller an Mitgliederfirmen, 12.6.1942.

46. Garbely, « Kanton Alusuisse », S. 228–234.

auf Repressalien⁴⁷. Dagegen erneuerte das Unternehmen seine Bemühungen, die industriellen Beziehungen nachhaltig zu befrieden : es setzte einen neuen, dialogorientierten Direktor ein⁴⁸, gründete die Personalzeitung « Allô Chippis »⁴⁹, erteilte der Arbeiterkommission mehr Befugnisse und setzte in den Jahren nach dem Streik auf den Effekt steigender Löhne⁵⁰.

Dies blieb der letzte Streik in der Geschichte der Walliser Werke von Alusuisse. Während der Boomjahre der 1950er- und 1960er-Jahre etablierte sich eine gut geölte Mechanik verhandlungsorientierter industrieller Beziehungen : Dank Personalzeitung und Arbeiterkommission verfügte die Direktion über einen direkten Draht zur Belegschaft bzw. ein Frühwarnsystem für sich anbahnende Konflikte. Zudem koppelte man die Löhne mittels feinmaschiger Anreizsysteme an die Produktivitätsentwicklung. Arbeiter sollten für eine steigende Arbeitsproduktivität belohnt und ihre materiellen Interessen an den Betriebserfolg gekoppelt werden⁵¹. Die Gewerkschaften und die Betriebskommissionen unterstützten die wiederkehrenden Forderungen der Alusuisse nach subventionierten Strompreisen. Und als in den 1970er-Jahren der sog. Fluorkrieg im Wallis tobte und Bauern und Umweltaktivisten die Umweltschäden der Alusuisse-Fabriken kritisierten, stellten sich die Gewerkschaften und die Betriebskommission bereitwillig hinter das Unternehmen⁵².

Doch in den 1970er-Jahren kam die konziliante Politik der Gewerkschaften unter Beschuss. Eine kleine Welle wilder, von Migranten getragener Streiks in der französischen Schweiz sowie gewerkschaftsinterne oppositionelle Strömungen stellten die Friedenspflicht in Frage⁵³. Zudem erodierte die Verhandlungsmacht des SMUV, weil er kaum Ausländer organisierte – und aufgrund eines Wandels der Beschäftigungsstruktur : immer mehr Arbeitskräfte galten neu als Angestellte und unterstanden

47. Varone, « 1954 », S. 63–78.

48. Vgl. Benoît, « Demi-siècle de lutte ouvrière », S. 55–56.

49. Varone, « 1954 », S. 76–77.

50. Jean-Michel Bonvin, « Commission d'entreprise... déjà plus de 60 ans », *Aluval* 144 (1980), S. 3.

51. Vgl. dazu die Studien zur Betriebsrationalisierung : SWA, PA 600 b D 9-6, Werner Syz u. Paul Surbeck, Vorschlag zum Wettbewerb für Betriebsrationalisierung auf Belegschaftsebene, 20.9.1965.

52. Alexandre Elsig, « Pour les ouvriers valaisans, la «guerre du fluor» n'a pas eu lieu », *Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier* 35 (2019), S. 44–60.

53. Zu den wilden Streiks vgl. Frédéric Deshusses, *Grèves et contestations ouvrières en Suisse 1969–1979* (Lausanne : Éd. d'en bas 2014). Zur gewerkschaftsinternen Opposition innerhalb des SMUV (dem sog. Manifest 77) vgl. Angelus Eisinger, *Die dynamische Kraft des Fortschritts. Gewerkschaftliche Politik zwischen Friedenspolitik, sozialökonomischem Wandel und technischem Fortschritt : Der SMUV 1952–1985* (Zürich : Chronos, 1996).

daher nicht mehr dem GAV⁵⁴. Einschneidend war ausserdem, dass der Nexus zwischen betrieblichen Produktivitätssteigerungen und höheren Löhnen und Arbeitsplatzsicherheit (für Schweizer) durch Automatisierung und Computersteuerungen durchtrennt wurde⁵⁵. Ab den frühen 1980ern kam es in der Schweizer Metall- und Maschinenindustrie zu Kurzarbeit, Abteilungs- und Betriebsschliessungen und Kosteneinsparungsprogrammen⁵⁶. Just in diesem Moment, als die Gewerkschaften nur mehr über die Folgen der Restrukturierungen verhandeln konnten, gingen die Arbeitgeberverbände zu einer konfrontativeren Position über. Der SMUV war in einer strategischen Sackgasse gelandet.

2 Konjunktureinbruch – der Staat tappt im Dunkeln

Bevor wir auf die Schliessung der Alusuisse-Hütte in Steg eingehen, beleuchten wir zuerst die staatliche Reaktion auf den Konjunktureinbruch der 1970er-Jahre. Es geht darum nachzuvollziehen, wie der Staat die Rezession und die stagnierende industrielle Beschäftigung erfasste, mit welchen Konzepten und statistischen Kategorien er diese Schwierigkeiten einzuordnen versuchte.

Sowohl auf kantonaler wie auch auf Bundesebene wurden die Behörden vom Konjunktureinbruch ab 1974 völlig unvorbereitet getroffen. Auch fehlte dem Bund eine stringente Konjunkturpolitik – keynesianische Ansätze hatten in der Schweiz einen schweren Stand.

Dem Bund mangelte es an den nötigen Informationen, um die wirtschaftliche Situation genügend zu erfassen⁵⁷. Zwar wurde während der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre eine Kommission für Konjunkturbeobachtung gegründet⁵⁸, doch der Bundesrat musste 1978 selbst eingestehen, dass die « statistischen Frühindikatoren »⁵⁹ mangelhaft waren oder gänzlich fehlten. Diese Mängel hatten strukturelle Hintergründe : Bereits um 1900 hatte der Bund einen Teil der statistischen Erfassung der Wirtschaft an die Wirtschaftsverbände delegiert, weil ihm nur geringe finanzielle

54. Ralph Hug, « Verluderung der Sitten ». Im Kampf gegen die Deindustrialisierung », in Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen SMUV (Hg.), *Keinen Schritt umsonst getan. Blicke auf die Gewerkschaft SMUV 1970–2000* (Baden : Hier u. Jetzt, 2004), S. 62.

55. Eisinger, *Dynamische Kraft*, S. 279.

56. Ebd., S. 243.

57. Degen, « Konjunkturpolitik ».

58. 1965 wurde sie in Kommission für Konjunkturfragen umbenannt und 1980 zu einer Kommission des Bundesrates aufgewertet. Vgl. Gebhard Kirchgässner, *Geschichte und wirtschaftspolitische Konzeption der Kommission für Konjunkturfragen* (St. Gallen, 2007), S. 1.

59. Bundesrat, « Botschaft über Massnahmen zur Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, 23.10.1978 », *BBl* 1978 II : S. 1380.

Mittel zur Verfügung standen. Dies führte dazu, dass die Partikularinteressen der Wirtschaft grosse Einflussmöglichkeiten erhielten⁶⁰.

Während nach 1945 mehrere europäische Staaten eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik verfolgten, war die Situation in der Schweiz eine andere⁶¹. Bis in die 1970er-Jahre fehlte es dem Bundesstaat an einer gesetzlichen Grundlage für eine konzise Konjunkturpolitik, die in der Folge wiederholt unter Notrecht erfolgen musste⁶². Konjunkturpolitik war in der Schweiz vor allem Migrationspolitik⁶³. Eine eigentliche proaktive Industriepolitik wollte die bürgerliche Mehrheit nicht⁶⁴. Auf die Rezession ab 1974 reagierte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD), indem es eine Arbeitsgruppe damit beauftragte, Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft auszuarbeiten. Daraus resultierte das sogenannte Impulsprogramm 1978⁶⁵. Dieses zielte weniger auf eine Nachfragesteigerung, sondern auf eine staatliche Technologieförderung zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Schweiz⁶⁶.

Guy Genoud vom Walliser Volkswirtschaftsdepartement äusserte sich in einer Stellungnahme zum Impulsprogramm 1978 gegenüber dem Vorsteher des EVD kritisch und gab zu bedenken, ob sich « der Bund hier nicht allzu sehr in Bereiche » vorwagt, « die in einer freien Marktwirtschaft eigentlich der privaten Initiative überlassen werden sollten »⁶⁷. Liberale Geister, wie der Sekretär des Vororts Fritz Ebner und Mitglieder der Kommission für Konjunkturfragen, äusserten sich ablehnend : Das Programm lasse sich nicht mit « tragenden Prinzipien der Wirtschaftspolitik »⁶⁸ der Schweiz vereinbaren. Die Walliser Industriellen hingegen gewichteten ihre Interessen höher als die Verteidigung wirtschaftsliberaler Dogmen ; in einem Bericht der Union des Industriels Valaisans (UIV) kritisierte man den Bund für seine abwartende Haltung⁶⁹. Im März 1975 verlangte man ein Treffen mit dem Walliser Staatsrat, um die eigenen

60. Patrick Halbeisen, « Wirtschaft und Politik. Einleitung », in : ders., Margrit Müller u. Béatrice Veyrassat (Hg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (Basel : Schwabe, 2012), S. 979.

61. Christian Grabas u. Alexander Nützenadel, « Introduction », in dies. (Hg.), *Industrial Policy in Europe after 1945 : Wealth, Power and Economic Development in the Cold War* (Basingstoke : Palgrave Macmillan, 2014), S. 5.

62. Halbeisen, « Wirtschaft und Politik », S. 980.

63. Degen, « Konjunkturpolitik ».

64. Tobias Straumann, « Rezession, Technologiepolitik und Risikokapital. Das Scheitern der Innovationsrisikogarantie, 1985 » in : Rudolf Jaun et al. (Hg.), *Innovationen : Voraussetzungen und Folgen – Antriebskräfte und Widerstände* (Zürich : Chronos, 2001), S. 409.

65. Roman Angermann, *Die Entwicklungsgeschichte der Technologiepolitik der Schweiz Mitte der 1970er Jahre bis zum Jahr 2000* (Bern, 2021), S. 43.

66. Straumann, « Rezession », S. 406

67. StAW, CH AEV, 3510-1990/55, 1.4, Walliser Volkswirtschaftsdepartement an EVD, Stellungnahmen zur Vernehmlassung über Massnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (Impulsprogramm), 21.6.1978.

68. StAW, CH AEV, 3510-1990/55, 1.4, Fritz Ebner, Das « Impulsprogramm » – weder nötig noch tauglich, [1978].

69. StAW, CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, UIV an Vorort, 17.2.1975.

Sorgen über den Konjunkturverlauf zu diskutieren⁷⁰. An diesem Treffen diskutierten Politik und Wirtschaft erste Ad-hoc-Massnahmen, wie etwa die Bevorzugung von Walliser gegenüber anderen Unternehmen. Konsens herrschte auch darüber, dass Ausländer auf dem Arbeitsmarkt schlechter behandelt werden sollten, auch wenn die Wirtschaftsvertreter ankündigten, die « règle de la garantie de l'emploi au travailleur indigène »⁷¹ nicht immer befolgen zu wollen.

Ebenfalls im März genehmigte der Staatsrat eine dringende Motion von Walter Bittel (CVP-Fraktion) zur Schaffung eines Spezialbudgets zur Erhaltung von Arbeitsplätzen⁷². Im Oktober 1975 richtet der Staatsrat eine Kommission ein, welche die Konjunktur beobachten und die Grundlagen für ein Konjunkturprogramm eruieren sollte. Auch auf kantonaler Ebene fehlte allerdings das statistische Grundlagenwissen : Bereits in der ersten Sitzung beklagte ein Kommissionsmitglied aus dem Finanzdepartement, dass keine behördliche Stelle hinreichende Informationen für ein Konjunkturprogramm habe⁷³. Im Dezember 1975 überreichte die Kommission ihren ersten Bericht. Darin gab sie einen Überblick über die konjunkturelle Lage in der Schweiz und nahm eine kantonsspezifische Analyse zu einzelnen Branchen und zum Arbeitsmarkt vor⁷⁴. Man hielt fest, dass die Zahl der als arbeitslos Gemeldeten um 40% gestiegen sei. Weil genaue Daten aus den Betrieben fehlten, schätzte man die Konjunkturentwicklung anhand der Anzahl ausländischer Arbeitskräfte ein, was nochmals das Zusammenwirken von Migrationsregime und Wirtschaft verdeutlicht. Zwischen August 1974 und August 1975 stellte man ein Minus von 13% bei den Jahresaufenthalten, ein Minus von 22% bei den Grenzgängern und gar ein Minus von 35% bei den Saisonbewilligungen fest⁷⁵. Der Bericht hielt fest, dass die Beschäftigung von Ausländern auf ein Minimum reduziert worden sei und Entlassungen besonders Grenzgänger traf⁷⁶. Bis mindestens 1983 folgten weitere solche kantonale Konjunkturberichte⁷⁷.

70. StAW, CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, UIV an Staatsrat Wallis, 12.3.1975.

71. StAW, CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, Séance avec le Conseil d'Etat le 7 avril 1975. Résumé des discussions.

72. StAW, CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, Staatsrat Wallis, Prot., 12.3.1975.

73. StAW, CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, Commission conjoncturelle, Prot., 11.11.1975.

74. StAW, CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, Commission pour les questions conjoncturelles, Evolution générale de la conjoncture et éléments pour l'élaboration du budget de relance 1976. 1. Rapport à l'attention du Conseil d'Etat, commission pour les questions conjoncturelles, Sion, 22.12.1975.

75. Ebd.

76. Ebd.

77. Vgl. die Dossiers StAW, CH AEV, 3510-1986-45, 1.4.1.14 und StAW, CH AEV, 3510-1990 55, 1.4.

Es fällt auf, dass die Gewerkschaften bei diesen konjunkturpolitischen Fragen keine besonders aktive Rolle spielten. Wie erwähnt, kam der erste Impuls vom Industriellenverband UIV und aus dem Walliser Parlament. Für die Besetzung der Kommission für Konjunkturfragen hatte man keine Gewerkschaftsvertreter eingeladen⁷⁸. Im internationalen Vergleich spielten keynesianische Massnahmen in der Schweiz eine kleine Rolle. Und im Unterschied etwa zu Frankreich oder Italien kam es in den 1970er- und 1980er-Jahren zu keinen Verstaatlichungen von kriselnden Betrieben. Von derartigen Massnahmen war die Alusuisse in Italien betroffen : Die Belegschaft der italienischen Alusuisse-Tochterfirma hatte den Schweizer Konzern anfangs der 1970er-Jahre dazu gebracht, ihre Betriebe schrittweise an den Staat abzutreten, anstatt sie – wie zunächst angekündigt – zu schliessen⁷⁹. Die Option der Verstaatlichung fehlte in der Schweiz – und das schränkte die politischen und gewerkschaftlichen Möglichkeiten ein, als die Alusuisse im Jahr 1993 ankündigte, die Aluminiumhütte in Steg zu schliessen.

3 Das vorläufige Ende der Elektrolyse Steg

Verschuldung und Abbau

Ab 1981 schrieben die Walliser Werke der Alusuisse hohe Verluste; der Konzern war hoffnungslos verschuldet⁸⁰. Um Umweltauflagen infolge des Fluorkriegs einzuhalten, hatte man um 1980 die Aluminiumhütten im Wallis aufwendig modernisieren müssen. Dann wurde die Tonerde, der Rohstoff zur Aluminiumproduktion, zu teuer. Grund dafür dürften überhöhte interne Verrechnungspreise gewesen sein, mit denen das Unternehmen seit mindestens 1972 versucht hat, Steuern zu umgehen. Im Wallis führte diese Kombination aus Verschuldung, hohen Investitionen und Transferpreismanipulationen zur Krise, auf welche das Management mit einem drastischen Abbauprogramm reagierte⁸¹. Von 1981 bis 1986 wurde der Personalbestand von 3200 auf 2500 reduziert, um Lohnkosten einzusparen. Weltweit baute der Konzern im Rahmen eines Desinvestitionsprogramm im selben Zeitraum fast die Hälfte aller

78. Mitglieder waren der kantonale Delegierte für Wirtschaftsfragen, Mitarbeiter des Finanzdepartements, der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit, des Office d'économie montagnarde, des Statistikbüros sowie der Direktor des Verbands Walliser Wirtschaft VWW. Vgl. StAW, CH AEV, 3510-1986/45, 1.4.1.14, Staatsrat Wallis, Prot., 14.10.1975.

79. Leo Grob, « Umkämpfte Deindustrialisierung : Streiks und Restrukturierungen bei Alusuisse in Italien um 1970 » in Lisia Bürgi u. Eva Keller (Hg.), *Ausgeschlossen einflussreich : Handlungsspielräume an den Rändern etablierter Machtstrukturen* (Basel : Schwabe, 2020), S. 85–101.

80. Adrian Knoepfli, *Im Zeichen der Sonne. Licht und Schatten über der Alusuisse 1930–2010* (Baden : Hier u. Jetzt, 2010), S. 196.

81. Leo Grob, « Bevor die Fabriken schliessen. Eine Arbeitsgeschichte der Alusuisse (1960–1991) », Diss. (Univ. Bern, 2021), S. 231–232.

Beschäftigten ab (von 45'000 auf gut 24'000) ⁸². Zugleich wälzte das Unternehmen konjunkturelle Risiken auf die verbleibende Belegschaft ab, indem es auf Kurzarbeit setzte und den Druck auf die Produktionsarbeiter mit Flexibilisierungsmassnahmen wie Auslagerungen an Temporäre und Arbeitsintensivierungen stark erhöhte ⁸³.

Die Unsicherheit wuchs. In der Aluminiumhütte im Oberwalliser Steg wusste die Belegschaft 1987 nicht, wie es weitergehen soll, wie die *Rote Anneliese* berichtete : « Viele Arbeiter machen die Faust nur noch im Sack. Und man wagt schon gar nicht mehr, zu fragen, geschweige denn irgendwelche Forderungen zu stellen. Ob der blanken Angst um den Arbeitsplatz nimmt man in Kauf, dass sich bei den Löhnen schon seit geraumer Zeit wenig bis nichts mehr tut » ⁸⁴. Die Zukunft der Hütte Steg, von der die Alusuisse 1986 noch sagte, sie sei « moderne, économique dans sa conception, productive donc » ⁸⁵, war tatsächlich bedroht und die Angst der Belegschaft begründet, wie die folgenden Seiten zeigen werden.

Als die Schweiz Anfang der 1990er-Jahre in eine lange Wirtschaftskrise geriet und die Arbeitslosenzahlen stark zunahmen, vermehrte sich die Sorge, was das für die Randregion Wallis bedeuten würde. Auch hier stieg die Arbeitslosigkeit steil an – sie betraf übermässig Arbeiter im Bau- und Dienstleistungsbereich, wuchs aber auch bei der Metallindustrie ⁸⁶. Die Walliser Gewerkschaftsorganisationen kündigten 1992 deshalb an, gemeinsam betriebliche wie sozialpolitische Abbauprogramme zu bekämpfen, die sie als « nouveaux animateurs de la lutte de classes et fomenteurs de troubles sociaux » denunzierten ⁸⁷. Sollten Gesamtarbeitsverträge oder sozialpolitische Regelungen missachtet werden, würden sie künftig weder von Streiks noch vor Betriebsbesetzungen zurückschrecken. Diese Drohung blieb eine rhetorische. Die Gewerkschaften hielten auch in den folgenden Jahren an ihrer eingeübten konzilianten Haltung fest und stellten den betriebs- und sozialpolitischen Status quo nicht infrage. Ihre Erklärung war das Eingeständnis der Ohnmacht just zu dem Zeitpunkt, als sich die Anzeichen dafür mehrten, dass bei der Alusuisse ein neuer Abbau bevorstand ⁸⁸.

82. Ebd., S. 131

83. « Alusuisse : Seit 10 Jahren Misswirtschaft der KonzernBosse », *Rote Anneliese* 85 (1985), S. 1; Grob, « Bevor die Fabriken schliessen », Kap. 6.3.

84. « Schatten über Steg! Angst und Resignation in den Fabrikhallen », *Rote Anneliese* 96 (1987), S. 6.

85. « Dites-nous, Monsieur le Directeur », *Alu Val* 166 (1986), S. 2 – « modern, wirtschaftlich in seiner Konzeption, folglich produktiv ».

86. Historische Statistik der Schweiz, 2012, F.20, <https://hssso.ch>; « 3387 Arbeitslose », *Rote Anneliese* 127 (1992), S. 13; « Wann erwacht der Staatsrat endlich? », *Rote Anneliese* 130 (1992), S. 6. Vgl. Margrit Müller, Ulrich Woitek u. Manuel Hiestand, « Wohlstand, Wachstum und Konjunktur », in Patrick Halbeisen, Margrit Müller u. Béatrice Veyrassat (Hg.), *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert* (Basel : Schwabe, 2012), S. 138.

87. Schweizerisches Sozialarchiv (Sozarch), Ar SMUV, 04A-0087, Cartel des syndicats chrétiens du Valais u. Union syndicale valaisanne, Pour un développement équilibré du Valais, 1992 – « neuerliche Antreiber des Klassenkampfes und Anstifter gesellschaftlicher Unruhen ».

88. « So ungerecht verteilt die Alusuisse-Lonza ihre Gewinne », *Rote Anneliese* 121 (1991), S. 12.

Im Oktober 1992 kündigte die Alusuisse an, wegen des Mitte Jahr sinkenden Auftragsrückgangs in den Weiterverarbeitungsbetrieben Siders und Chippis 10% der Lohn- und Unterhaltskosten zu reduzieren, wofür 240 Arbeitsplätze abgebaut und 82 Festangestellte sowie sämtliche Temporäre entlassen wurden⁸⁹. Doch auch als im November alle 1600 Beschäftigte in Siders und Chippis in Kurzarbeit geschickt wurden, standen die Zeichen nicht auf Sturm. « Es ist schon fast unheimlich », bemerkte die *Rote Anneliese*, « mit welcher Gleichgültigkeit im Wallis die regelmässigen Hiobsmeldungen des Konzerns zur Kenntnis genommen werden. Der Staatsrat äussert sich mit keiner Silbe und für die Parteien ist es kein Thema. Selbst die zuständigen Gewerkschaften SMUV und CMV lassen kein Wort des Protestes vernehmen »⁹⁰. Die fortwährenden Abbaurunden seit Mitte der 1970er-Jahre, die nach 1985 noch einmal intensiviert wurden, liessen diese zur passiv hingenommenen Normalität werden⁹¹.

Die Gleichgültigkeit traf indes weniger auf die betroffenen Betriebe in Siders und Chippis zu. Hier ärgerten sich die Beschäftigten über den von den Betriebs- und Angestelltenkommissionen ausgehandelten Sozialplan für die Entlassenen und Frühpensionierten, der als völlig unzureichend kritisiert wurde. Den unter 45-Jährigen bot der Plan keinerlei Verlängerung der Kündigungsfrist und drohte den Frühpensionierten ab 60 Jahren mit einem zwanzigprozentigen Verlust ihrer Rente. Auch kündigte der Plan indirekt mehr Entlassungen an, weil darin von « weiteren Massnahmen gleicher Art » bis Ende 1993 die Rede war – wie unten gezeigt wird, sollte genau das eintreten⁹². Auf den Ärger folgte die Enttäuschung : Ältere geringqualifizierte Schichtarbeiter, die kaum Aussicht auf eine andere Arbeit hatten, empfanden es als erniedrigend, als « Problemfälle » bezeichnet zu werden : « Man hat uns nicht nur entlassen, sondern gleich auch noch einen Stempel aufgedrückt, als ob wir nicht zuverlässig [...] gearbeitet hätten. Dabei hatte ich während bald einmal 20 Jahren bei der Alusuisse nie die geringsten Anstände oder Reklamationen gehabt. Wie soll man da noch anderswo unterkommen⁹³ ? » Dieser Kritik entgegnete der für den Abbau zuständige Direktor Willy Kerth in der Werkzeitung *Alu Val* trocken : « Eines ist sicher : wir haben in dieser schwierigen Konjunktur besseres zu tun als nur jammern »⁹⁴.

89. Sozarch, Ar SMUV, 04A-0087, Alusuisse-Lonza Holding AG, Réduction des coûts et des effectifs, 2.10.1992. Vgl. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0015, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 31.8.1992; ebd., Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 10.12.1992, Beilage A1.

90. « Alusuisse Wallis », *Rote Anneliese* 130 (1992), S. 20.

91. Vgl. « Portrait de Bernard Bitz », in Luc van Dongen u. Grégoire Favre (Hg.), *Mémoire ouvrière. Ouvriers, usines et industrie en Valais : à la croisée de l'histoire, de la mémoire et de l'art* (Sierre : Éd. Monographic, 2011), S. 147.

92. « Alusuisse : Unhaltbarer Sozialplan ! », *Walliser Bote*, 26.11.1992, S. 6.

93. Ebd.

94. Willy Kerth, « Mit Geduld, Mut und Vertrauen in die Zukunft », *Alu Val* 191 (1992), S. 5. Vgl. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0015, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 9.11.1992.

Eine Betriebsschliessung wird angekündigt

Wie dieses von Direktor Kerth genannte « bessere » konkret aussah, gab die Alusuisse kurze Zeit später am 18. Januar 1993 öffentlich bekannt : im strukturschwachen Oberwallis wollte das Unternehmen die letzte Aluminiumhütte der Schweiz stilllegen. Wegen weltweit fallenden Metallpreisen – aus den GUS-Staaten wurde nach 1991 Rohaluminium zu Schleuderpreisen exportiert, was in der Aluminiumbranche eine Absatzkrise auslöste – sei die vor kaum zehn Jahren noch aufwendig modernisierte Elektrolyse Steg nicht mehr konkurrenzfähig und würde deshalb bis zum Herbst 1994 schrittweise geschlossen⁹⁵. Rund 100 Arbeitsplätze sollten dabei wegfallen. Zur Abfederung der Entlassungen kam der umstrittene, für Siders und Chippis ausgehandelte Sozialplan von 1992 zur Anwendung⁹⁶. Dass die Betriebsschliessung zunächst den Medien in Zürich und erst danach der betroffenen Belegschaft und der Betriebskommission im Wallis mitgeteilt wurde, hob nicht unbedingt deren Stimmung⁹⁷.

Im Unterschied zu den Abbaurunden der letzten sieben Jahre wurde der Beschluss nicht mehr still hingenommen. In den kommenden Monaten mobilisierten Oberwalliser Gewerkschafter und lokale Behördenvertreter gemeinsam gegen die Betriebsschliessung, organisierten Protestversammlungen und lobbyierten bei der Kantonsregierung, damit diese strukturpolitisch intervenierte. Dass es 1993 zu einem vorübergehenden Bruch mit der eingeübten Passivität kam, hatte mehrere Gründe. Sie drehten sich, um es auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, alle um die zusehends prekäre Beschäftigungslage. Die Sorge über die steigende Arbeitslosigkeit war sicher ausschlaggebend, nicht zuletzt, weil das Wallis eine im Schweizer Vergleich sehr hohe Armutsquote aufwies⁹⁸. Die Bedeutung des Werks in einer strukturell schwachen Randregion – Steg war neben der Lonza in Visp die grösste Fabrik im Oberwallis – und die für die umliegenden Dörfer drohenden hohen Sozialausgaben spielten eine Rolle, weil die in der Hütte beschäftigten niedrigqualifizierten Schichtarbeiter (neben Grenzgängern aus Italien oft aus dem nahegelegenen Lötschental) kaum eine andere Anstellung finden würden⁹⁹. Es wurde befürchtet, dass die Schliessung von Steg bloss der erste Schritt sei, um danach auch die Verarbeitungsbetriebe Siders und Chippis zu schliessen, die Aluminiumproduktion und -verarbeitung also ganz

95. Knoepfli, *Im Zeichen der Sonne*, S. 198.

96. Sozarch, Ar SMUV, 04A-0087, Alusuisse-Lonza Holding AG, Restructuration et réduction de personnel à Alusuisse Aluminium Suisse SA en Valais, 18.1.1993; « Ende der Schweizer Aluminiumproduktion », *Neue Zürcher Zeitung*, 19.1.1993, S. 30.

97. Oberwalliser Gewerkschaftsbund, « Es darf in Steg keinen Arbeitsplatzabbau geben ! », *Walliser Bote*, 21.1.1993, S. 18.

98. « Jede(r) vierte WalliserIn hat (zu) wenig zum Leben ! », *Rote Anneliese* 123 (1991), S. 3–4.

99. « Alusuisse : Gegendruck ist nötig ! », *Walliser Bote*, 10.2.1993, S. 7. Vgl. Dominik Gross, « Gott segne das Aluminium », *Die Wochenzeitung*, 17.2.2011, S. 15–17.

aus dem Wallis abziehen und in billigere Regionen zu verlagern. Das hätte den Verlust von weiteren 1600 Arbeitsplätzen bedeutet und eine Massenabwanderung zur Folge gehabt. « Les trois quarts des travailleurs devront émigrer. . . Nous ne pouvons pas accepter ça », so der Gewerkschaftsfunktionär Roger Tissières im *Journal de Sierre* ¹⁰⁰.

Kurzlebige und gespaltene Protestbewegung

Drei Tage nach der Bekanntgabe der Schliessung mobilisierte der sozialdemokratische Oberwalliser Gewerkschaftsbund und der religiöse CMV auf einer öffentlichen Protestversammlung, die am 22. Januar 1993 in Steg stattfand. Die gut besuchte Veranstaltung erregte grosse Aufmerksamkeit (sogar das staatliche Schweizer Fernsehen war mit dabei und sendete in den Tagen darauf einen ausführlichen Bericht) ; sie stand am Anfang einer kurzlebigen, parteiübergreifenden Bewegung, in deren Zentrum die Forderung nach dem Erhalt oder aber zumindest dem Ersatz der bedrohten Arbeitsplätze in Steg stand ¹⁰¹. Wenige Tage später wurde dafür die Interessengemeinschaft für die Rettung der Alusuisse-Arbeitsplätze im Wallis (kurz : IG Alu) als Pressure Group ins Leben gerufen ¹⁰². Trotz ihres überregionalen Anspruchs blieb die Reichweite der IG Alu auf das Oberwallis beschränkt. Der im Unterwallis dominierende konservativ-sozialdemokratische SMUV wollte sich nicht beteiligen, weil er seine etablierte Machtposition bei der Aushandlung betrieblicher Konflikte infrage gestellt sah ; auch spielte eine Rolle, dass mit Beat Jost ein Vertreter der links des SMUV stehenden Gewerkschaft Textil Chemie Papier (später Gewerkschaft Bau und Industrie) die Interessengemeinschaft nach aussen vertrat ¹⁰³. Der SMUV organisierte unter Beteiligung des CMV am 28. Januar 1993 in Siders eine eigene Versammlung, auch in der Absicht, der aufmüpfigen linken Oberwalliser Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen ; immerhin standen im März Lokalwahlen an ¹⁰⁴. Man forderte in einer moderat gehaltenen Resolution die Alusuisse auf, den Beschluss zu überdenken, während die Kantonsregierung den Gewerkschaften unterstützend zur Seite stehen sollte ¹⁰⁵. Das Nebeneinander von Vertragsgewerkschaften und Interessengemeinschaft war politischen Differenzen und der regionalen Rivalität zwischen

100. Ch. Pralong, « Nous irons jusqu'à la grève », *Journal de Sierre*, 2.2.1993, S. 3 – « Drei Viertel der Arbeiter werden auswandern müssen... Das können wir nicht akzeptieren ».

101. Schweizer Fernsehen DRS, « Schliessung von Alusuisse Steg », *Schweiz aktuell*, 27.1.1993 ; « Alusuisse : on résiste », *Le Nouvelliste*, 1.2.1993, S. 16.

102. IG Alu, « Aufruf der IG Alu », *Walliser Bote*, 27.1.1993, S. 15.

103. Sozarch, Ar SMUV, 04A-0087, Roger Tissières, Déroulement des événements chez Alusuisse, 8.6.1993.

104. SWA, PA 600 b D 9-58, Édouard Delalay an Hermann Haerri, 25.2.1993 ; « Keine Blumen für die Alusuisse », *Walliser Bote*, 30.1.1993, S. 8 ; Jean-Michel Bonvin, « Fâchés, les syndicats refusent le démantèlement d'Alusuisse en Valais », *Le Nouveau Quotidien*, 30.10.1993, S. 9.

105. StAW, CH AEV, FTMH, 04/003, Résolution, 28.1.1993

dem CMV und dem SMUV geschuldet. Sie zeugte aber ebenso von einer gewissen kulturellen Distanz zwischen dem deutschsprachigen Ober- und dem französischsprachigen Unterwallis. Der Kleinräumigkeit zum Trotz – Steg ist kaum 30 km von Siders entfernt – darf dieser für die Schweiz typische regionale Aspekt nicht übersehen werden ¹⁰⁶.

Der Verwaltungsrat der Alusuisse-Lonza Holding war über die Tätigkeit der IG Alu gut unterrichtet, wie unternehmensinterne Berichte zeigen, in denen die Diskussionen der Pressure Group nachgezeichnet und die Positionen der wichtigsten Personen aufgeführt wurden. Auch sprach die Konzernleitung Vertreter der Interessengemeinschaft wie den sozialdemokratischen Nationalrat Peter Bodenmann persönlich an, um sie zu beeinflussen ¹⁰⁷. Dabei befürchtete das Management keinen handfesten Widerstand gegen die angekündigte Betriebsschliessung. Es war klar, dass die im Modus des Arbeitsfriedens operierenden Gewerkschaften weder Willens noch in der Lage waren, einen offenen Arbeitskampf zu führen, mochten sie auch zu Beginn gegenüber den Medien und der Kantonsregierung verklausuliert mit Streik drohen ¹⁰⁸. Die öffentlichen Proteste des SMUV und des CMV blieben symbolischer Natur und zielten auf Wohlwollen ab, nicht auf Konflikt. So übergab etwa anlässlich der Aktionärsversammlung in Zürich am 28. April 1993 eine Delegation von 50 Arbeitern der Konzernleitung eine Petition mit über 16'470 Unterschriften, in der gebeten wurde, man solle mit der Schliessung der Fabrik doch solange zuwarten, bis es einen Ersatz für die abgebauten Arbeitsplätze gebe ¹⁰⁹. Am selben Tag verteilten die Arbeiter 1000 harte Walliser Roggenbrote, « um den Biss ins harte Brot » zu verdeutlichen. « Die Reaktion bei den meisten Aktionären zeigte Verständnis und Bedauern », so berichtete der CMV, « offenbarte aber auch eine gewisse Hilflosigkeit. Nur junge Managertypen, vermutlich Vertreter der Depotstimmen bei den Banken, demonstrierten Teilnahmslosigkeit und Arroganz gegenüber den Arbeitern » ¹¹⁰. Die Aktion fand ein überregionales Medienecho, änderte aber nichts an der Lage in Steg.

¹⁰⁶. Die Alusuisse war sich dieser Spaltung bewusst : SWA, PA 600 b D 9-58, Friedrich Schiltknecht, Lagebeurteilung, 26.1.1993 ; ebd., PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 28.4.1993. Vgl. Toni Rütli, « Alusuisse-Werk schliesst : Betroffen sind alle », *SMUV-Zeitung*, 14.9.1994, S. 5.

¹⁰⁷. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 5.2.1993 ; ebd., PA 600 b D 9-58, Hans Jucker, Besprechung mit NR Peter Bodenmann vom 10. Mai 1993, 18.5.1993.

¹⁰⁸. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 5.3.1993 ; Sozarch, Ar SMUV, 04A-0087 ; SMUV u. CMV an Staatsrat Wallis, 1.2.1993 ; Pralong, « Nous irons », S. 3.

¹⁰⁹. « Alusuisse : Walliser Protest in Zürich », *Walliser Bote*, 29.4.1993, S. 9.

¹¹⁰. « Entschlossener Protest bei Alusuisse », *CMV-Zeitung*, 26.5.1993, S. 17.

Die von den Betriebskommissionen von Steg, Siders und Chippis mit einem Verhandlungsmandat betrauten Lokalleitungen des SMUV und des CMV setzten mehr Gewicht auf informelle Gespräche als auf die Mobilisierung der Belegschaft¹¹¹. Sie schrieben der Konzernleitung und baten um eine Unterredung, wurden indes barsch abgekanzelt¹¹². Mehrere Treffen mit der Kantonsregierung – die sie vor einem möglichen gewerkschaftlichen Kontrollverlust in den Betrieben warnte¹¹³ – waren erfolgreicher. Sie führten zur Einrichtung einer Studienkommission (unter widerwilliger Beteiligung der Alusuisse), die überprüfen sollte, ob ein Weiterbetrieb der Elektrolyse Steg allenfalls durch eine Auffanggesellschaft möglich wäre, wofür ein Expertenbericht ausgearbeitet wurde. Die Kommission sollte zudem Möglichkeiten ausloten, wie die in Steg abgebauten Stellen ersetzt werden könnten¹¹⁴. Weitreichende Forderungen, etwa nach einer staatlichen Rettung des Betriebes oder einer aktiven Industriepolitik, hielten die Gewerkschafter vermutlich für aussichtslos oder kontraproduktiv – zumindest fehlte es an Präzedenzfällen, auf die sie verweisen konnten und auch eine aktive staatliche Konjunktur- und Industriepolitik hatte, wie gezeigt wurde, in der Schweiz stets einen schweren Stand.

Für die Alusuisse stellten die Gewerkschaften insgesamt kein Problem dar. Nach kaum fünf Monaten verzichteten diese auf weiteren Protest. Anfang Juni 1993 schrieb die Alusuisse an den Walliser Staatsrat Wilhelm Schnyder, nach einem Treffen mit « Gewerkschaftsvertretern am 1. Juni 1993 haben diese den Entscheid zur Schliessung Hütte Steg akzeptiert »¹¹⁵. Akzeptiert wurden hingegen nicht die Konditionen der Schliessung, zumindest nicht vor Ort. Die Betriebskommission in Steg weigerte sich noch im Herbst 1993, den Sozialplan von 1992 zu unterzeichnen; die Gewerkschaftsleitungen in Siders hatten ihn allerdings bereits abgesegnet¹¹⁶.

Umstrittene Zahlen, Subventionen und lukrative Stromgeschäfte

Ungeachtet des gewerkschaftlichen Rückziehers blieb der Fall Steg in den Medien weiterhin präsent, wofür vor allem die IG Alu sorgte. Die Aufmerksamkeit passte

111. StAW, CH AEV, FTMH, 04/002, BK Alusuisse, Prot., 26.2.1993; Sozarch, Ar SMUV, 04A-0087, Roger Tissières, Déroulement des événements chez Alusuisse, 8.6.1993.

112. SWA, PA 600 b D 9-58, SMUV u. CMV an Hans Jucker, 1.2.1993; Sozarch Ar SMUV, 04A-0087, Alusuisse-Lonza Holding AG an SMUV u. CMV, 5.2.1993.

113. Sozarch, Ar SMUV, 04A-0087, SMUV u. CMV an Staatsrat Walais, 1.2.1993.

114. Sozarch, Ar SMUV, 04A-0087, Département de l'économie publique, Beschluss, 9.3.1993.; StAW, FTMH, 04/002, AG Activités de remplacement, Prot., 14.9.1993.

115. SWA, PA 600 b D 9-58, Alusuisse-Lonza Holding AG an Wilhelm Schnyder, 2.6.1993.

116. CMV, « Für einen besseren Sozialplan », *Walliser Bote*, 21.10.1993, S. 13; « Der Unsozial-Plan », *Rote Anneliese* 135 (1993), S. 5.

der Konzernleitung nicht – man wollte unangenehme « Geräusche » zum Verstummen bringen und « Unruhe » vermeiden¹¹⁷. Anfang 1994 arbeitete das Management deshalb ein Positionspapier aus, um fortan nach aussen eine einheitliche Linie zu vertreten, welche die Alternativlosigkeit zur Betriebsschliessung betonte¹¹⁸.

Das Unternehmen war in den Monaten zuvor in die diskursive Defensive geraten, als die von ihm präsentierten Zahlen, mit denen die Schliessung in Steg legitimiert werden sollten, an Überzeugungskraft verloren. Die IG Alu rechnete nach und kam zum Ergebnis, dass der Arbeitsplatzverlust in Steg tatsächlich viel höher ausfallen werde und über 200 (inklusive der von der Fabrik indirekt abhängigen Arbeitsplätze bis 500) statt der angekündigten 100 Stellen bedroht seien, was die regionale Bedeutung des Abbaus umso ernster erscheinen liess¹¹⁹. Auch hinterfragte die Interessengemeinschaft die von der Alusuisse kommunizierten Verlustzahlen und veröffentlichte dazu eine eigene Aufstellung – statt von 10 Mio. SFr. Jahresverlust in Steg sprach sie von 6,2 Mio., wobei Lizenzgebühren und Abschreibungen 2/3 dieser Summe ausmachten. Schliesslich verwies sie auf die in der Alusuisse noch in den 1980er-Jahren übliche Praxis, Verrechnungspreise für Rohstoffe und Strom konzernintern zu manipulieren, um Steuern zu umgehen und Restrukturierungsprogramme zu rechtfertigen¹²⁰. Diese Kritik war keineswegs aus der Luft gegriffen. Die IG Alu operierte mit den korrekten Angaben : « Es besteht offensichtlich ein Leck, aus dem alle Betriebszahlen hinausgehen », räumte der Verwaltungsrat im August 1993 zerknirscht ein¹²¹.

Die von der Alusuisse genannten Verlustzahlen beruhten zu Teilen auf dem Marktpreis für Rohaluminium, der 1993 auf tiefem Niveau stagnierte. Als er Ende Jahr wieder stark anzog (in Erwartung der im Mai 1994 unterzeichneten Absichtserklärung, mit der die weltweit wichtigsten Aluminiumproduzenten ihren Ausstoss für zwei Jahre drosseln würden), blieb die Alusuisse dennoch bei ihrer Haltung, der Metallpreis sei zu tief¹²². Die Chiffre « tiefe Metallpreise » funktionierte für das Unternehmen als geeignetes kommunikatives Vehikel, um die wahrscheinlich bereits 1991 beschlossene Schliessung zu legitimieren, die sich einfügte in die vom Beratungsunternehmen McKinsey ausgearbeitete Unternehmensstrategie « Vision A-L 2000 », in

117. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 5.2.1993; ebd., Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 30.8.1993.

118. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0017, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 4.2.1994, Beilage E.

119. « Alu-Werk Steg : Wenigstens weiche Bruchlandung ? », *Walliser Bote*, 14.8.1993, S. 6.

120. « Steg : Öfen gehen aus », *Rote Anneliese* 132 (1993), S. 6. Zu den fragwürdigen Verrechnungspraktiken : Grob, « Bevor die Fabriken schliessen », S. 231–232.

121. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 30.8.1993.

122. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 30.12.1993; ebd., A4 0017, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 4.2.1994, Beilage A4.

deren Rahmen die Aluminiumaktivitäten des Alusuisse-Lonza-Konzerns über mehrere Jahre stark reduziert wurden¹²³.

Die Alusuisse betonte zudem stets (wo es nicht um den Absatz ging), die hohen Strompreise erlaubten sowieso nicht, im Wallis eine Elektrolyse profitabel zu betreiben¹²⁴. Tatsächlich machen die Energiekosten bei der Produktion von Rohaluminium rund einen Drittel des Aufwandes aus¹²⁵. Die Standortvorteile des Wallis – billige Arbeitskräfte, vor allem aber die billige Energie – verloren so gesehen im internationalen Vergleich seit den 1970er-Jahren an Bedeutung; stärker wogen nun Standortnachteile wie die hohen Transportkosten der Rohstoffe¹²⁶. Die Kantonsregierung gab im Januar 1993 allerdings an, den Walliser Werken zwischen 1988 und 1991 17,5 Mio. SFr. an Wasserkraftsteuern erlassen zu haben, um die Energiekosten tief zu halten. Für die Jahre 1992 und 1993 waren es nochmals 4,5 bis 5 Mio. SFr. Das heisst: Während der Konzern die Schliessung mit dem zu hohen Strompreis begründete, wurde dieser zugleich vom Kanton subventioniert¹²⁷. Die Praxis, Industrieunternehmen steuerlich zu bevorteilen, war gang und gäbe. Zwischen 1990 und 1998 wurde allein der Alusuisse 23,24 Mio. SFr. an Wasserkraftsteuern erlassen; und um 1999 schätzte man im Walliser Parlament, dass dem Unternehmen seit den 1960er-Jahren Steuerrabatte in der Höhe von über 70 Mio. SFr. gewährt wurden¹²⁸.

Diese Art der Strukturpolitik war um 1993 kaum umstritten. Hingegen wurde dem Kanton vorgeworfen, mit seiner Energiepolitik ein doppeltes Spiel zu betreiben. Denn während die Kantonsregierung nach aussen die Schliessung der Hütte bedauerte, verhandelte sie im Geheimen mit der Alusuisse um den dadurch freiwerdenden Strom, der in unternehmenseigenen Kraftwerken produziert wurde¹²⁹. Erneut ärgerte sich das Alusuisse-Management, als darüber in den Zeitungen geschrieben wurde; man vermutete das Leck diesmal beim Kanton¹³⁰. Die Verhandlungen mündeten schliesslich im September 1993 in einen Teilverkauf der Tochtergesellschaft Rhonewerke AG (Rhowag) an die kantonale Walliser Elektrizitätsgesellschaft WEG.

123. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0015, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 31.8.1992, Beilage B; StAW, SIB, 04/019, Alusuisse-Lonza Holding AG, Zwischenbericht 1993, Sept. 1993; Knoepfli, *Im Zeichen der Sonne*, S. 187.

124. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0017, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 4.2.1994, Beilage E.

125. Carmine Nappi, « L'industrie internationale de l'aluminium : Changements structurels et perspectives, 1970–2020 », in Dominique Barjot u. Marco Bertilorenzi (Hg.), *Aluminium : Du métal de luxe au métal de masse (XIX^e–XXI^e siècle)* (Paris : Presses de l'Univ. Paris-Sorbonne, 2014), S. 166.

126. Vgl. « PS zum Zeitzähler zwei : Heimfall », *Rote Anneliese* 108 (1989), S. 13; Guzzi, « Industrie im Wallis », S. 57.

127. SWA, PA 600 b D 9-58, Staatsrat Wallis, Pressemitteilung, 22.1.1993.

128. « Tiefgreifende Sanierung nötig », *Walliser Bote*, 20.3.1998, S. 6; « Alusuisse : Parlament gespalten », *Walliser Bote*, 18.11.1999, S. 7.

129. SWA, PA 600 b D 9-58, Alusuisse-Lonza Holding AG an Staatsrat Wallis, 18.1.1993; ebd., Staatsrat Wallis, Pressemitteilung, 22.1.1993.

130. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 5.3.1993

Der vom Kanton bezahlte Preis von 306 Mio. SFr. für die schlecht unterhaltenen Rhowag-Kraftwerke, zumal sie vor allem billigen Sommerstrom produzierten, schien doch sehr hoch. Die IG Alu kritisierte, dass der Kauf an keinerlei Bedingungen, etwa betreffend den Erhalt der Arbeitsplätze in Steg, geknüpft war, und der Strompreis dadurch von 4,5 auf 7 Rp. pro kWh steigen würde, was einen rentablen Betrieb der Hütte schwierig machte¹³¹. « Wäre ich ein Metall-Schichtarbeiter in Steg », kommentierte der *Walliser Bote* den bevorstehenden Kauf, « dann hätte ich den Eindruck, dass mich die kantonalen und regionalen Behörden ganz schön hängen lassen. Das muss ein – pardon – völlig beschissenes Gefühl sein »¹³²! Für die Alusuisse war der Teilverkauf der Rhowag ein lohnendes Geschäft: Der Stromverkauf in Eigenregie hätte ihr bis Konzessionsende rund 70 Mio. SFr. weniger eingebracht¹³³. Beim Kanton sollte das Geschäft Jahre später noch für hitzige Diskussionen sorgen, als bekannt wurde, dass die WEG durch den stark überhöhten Kaufbetrag für die Rhowag und der Lieferung von verbilligtem Strom an die Alusuisse in finanzielle Nöte geraten war und 1998/99 deswegen saniert werden musste¹³⁴.

Auffanggesellschaft verhindert, Demontage gescheitert – der Betrieb läuft weiter

Ein Jahr nach der Ankündigung der auf Ende 1994 veranschlagten Betriebsschliessung in Steg hatte sich das Blatt für die Alusuisse gewendet – der Metallpreis stieg und in den Weiterverarbeitungsbetrieben Siders und Chippis waren die Auftragsbücher derart voll, dass die Beschäftigten Überstunden leisten mussten¹³⁵. Ungeachtet der veränderten Lage hielt der Konzern an seinem Abbauprogramm fest. Im Januar 1994 wurden in Steg vorsorglich 41 Arbeiter entlassen – entgegen der Zusage, damit bis zur Veröffentlichung eines von der kantonalen Studienkommission in Auftrag gegebenen Expertenberichts zur Lage der Elektrolyse zuzuwarten. Dass die Entlassungen nicht die Hütte, sondern angeschlossene Bereiche betrafen, änderte nichts daran, dass dieser Schritt Irritationen hervorrief¹³⁶. Die Konzernleitung korrigierte die Zahl der in Steg zu streichenden Stellen von 100 auf 150, wobei es insgesamt zu mindestens 120 Entlassungen kommen werde¹³⁷.

131. StAW, CH AEV, SIB, 04/021, IG Alu, 200 Arbeitsplätze opfern, damit die Alusuisse 300 Mio kasieren kann? Das ist ein zu hoher Preis, 1993; « Sous le choc », *Le Nouvelliste*, 2.9.1993, S. 17; IG Alu, « Arbeitskampf geht in die entscheidende Runde », *Walliser Bote*, 6.9.1993, S. 6; « WEG: Sind 300 Millionen weg? », *Walliser Bote*, 4.11.1997, S. 7.

132. « So geht das nicht! », *Walliser Bote*, 14.8.1993, S. 6.

133. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0016, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 30.8.1993, Beilage E.

134. Vgl. Tanner, *Geschichte*, S. 496–497.

135. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0017, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 4.3.1994, Beilage A3.

136. « Steg: 41 licenciements », *Le Nouvelliste*, 2.2.1994, S. 16; « Viel versprochen und nichts gehalten », *Rote Anneliese* 136 (1994), S. 4.

137. « IG Alu: 150 Stellen in Steg weg: Schluss mit dem Versteckspiel! », *Walliser Bote*, 21.1.1994, S. 7.

Die Irritationen verstärkten sich umso mehr, als in Siders und Chippis trotz guter Auftragslage Anfang Februar 1994 der Abbau von zusätzlichen 150 Stellen angekündigt wurden. « Seit zwei oder drei Wochen [...] war bei der Belegschaft eine ständig steigende Nervosität zu verzeichnen, weil jedermann doch spürte, dass irgend etwas geschehen würde. Und als dann tatsächlich die Entlassungen offiziell wurden, habe ich viele Arbeiter bittere Tränen vergiessen sehen », beschrieb der Betriebskommissionspräsident Bernard Bitz die Stimmung. Denn : « Unter den Entlassenen gibt es etliche Mitarbeiter über 50, die vielleicht mehr als 35 Jahre im Betrieb zugebracht haben. Für diese Leute gibt es so gut wie keine beruflichen Hoffnungen mehr, zumal die gesamte Region von einer schweren Wirtschaftskrise erschüttert wird »¹³⁸. Die fortwährende Drohung, die Arbeit zu verlieren, der duldende Kurs der Gewerkschaften ab der zweiten Hälfte 1993 und die Untätigkeit der Kantonsregierung rief bei den Alusuisse-Beschäftigten Angst- und Ohnmachtsgefühle hervor : « Tout le monde se pose la question de savoir s'il sera choisi à la loterie », wird ein im Walzwerk beschäftigter Arbeiter im *Journal de Sierre* zitiert. « Dans mon secteur, on nous a dit que huit personnes seraient licenciées. Personne ne sait qui. Alors on attend. Beaucoup d'entre nous ont peur bien sûr. Mais que voulez-vous qu'on fasse ? Il est impossible de lutter »¹³⁹.

Laut Medienberichten war der vom Kanton bestellte Expertenbericht im März 1994 zum Schluss gekommen, ein kostendeckender Weiterbetrieb der Hütte wäre mit subventionierten Strompreisen und Steuerrabatten möglich ; doch die Kantonsregierung wollte mit der Veröffentlichung des Berichts zuwarten¹⁴⁰. Die kantonale Studienkommission prüfte noch das Angebot von RDC 3000 (einer Tochterfirma der R & C Carbon Ltd), als Auffanggesellschaft den Weiterbetrieb für mindestens sechs Jahre zu garantieren, wobei sie die Anlagen nicht übernehmen, sondern mieten würde. Diese Lösung scheiterte, weil die Alusuisse sich weigerte, das von der RDC produzierte Rohaluminium zu einem auf den Kurs des London Metal Exchange abgestimmten, variablen Preis abzunehmen. Auch eine Variante mit dem Rohstoffhändler Marc Rich blieb ergebnislos. In Steg wurden daraufhin weitere 37 Arbeiter entlassen, diesmal jene der Hütte ; bei einem Drittel der Entlassenen handelte es sich um Grenzgänger aus Domodossola und Umgebung. Gleichzeitig operierten die Walliser Werke

138. Jean-Claude Rennwald, « Ein Debakel für die Region Siders », *SMUV-Zeitung*, 2.2.1994, S. 5.

139. Ch. Pralong, « La peur dans les halles », *Journal de Sierre*, 28.1.1994, S. 9 – « Jeder fragt sich, ob es ihn in der Lotterie trifft ». « In meinem Bezirk hat man uns gesagt, acht Personen würden entlassen. Niemand weiss, wer. Also warten wir ab. Viele von uns haben natürlich Angst. Aber was sollen wir tun ? Es ist unmöglich zu kämpfen. » – Vgl. zur Individualisierung solcher Erfahrungen : Steven High, *Deindustrializing Montreal. Entangled Histories of Race, Residence, and Class* (Montréal : McGill-Queen's UP, 2022), S. 18.

140. « Alusuisse : Hoffnung für Elektrolyse », *Walliser Bote*, 24.3.1994, S. 13.

wieder verlustfrei¹⁴¹. Am 18.5.1994 erklärte Staatsrat Raymond Deferr die Rettung der Elektrolyse endgültig für gescheitert¹⁴². « Wir konnten erreichen », resümierte der Verwaltungsrat der Alusuisse-Lonza Holding befriedigt, « dass die Regierung ja sagen musste zur Einstellung der Operation »¹⁴³. Tatsächlich stand der Entscheid der Kantonsregierung ungeachtet des Expertenberichts schon im Januar fest; der Staatsrat zögerte allerdings mit der Bekanntgabe angesichts der jüngsten Entlassungswelle¹⁴⁴. An der Lösung mit einer Auffanggesellschaft, welche die Fabrik in Steg mieten würde, war die Alusuisse deshalb nicht interessiert, weil sie seit mindestens Mai 1994 versuchte, die ganze Anlage nach China zu verkaufen¹⁴⁵. Wie unternehmensinterne Unterlagen zeigen, verhandelte der Konzern mit der Simsen Metals Company Ltd in Hongkong, die dabei im Auftrag der CNNC in Beijing handelte. Die Steger Hütte hätte demnach abmontiert und nach China verschifft werden sollen, um von der CNNC in Taiyuan (einem bedeutenden Standort der Rohaluminium- und Stahlproduktion in der Provinz Shanxi) wieder aufgebaut zu werden. Die von den Gewerkschaften häufig geäußerte Befürchtungen, die Schliessung von Steg werde zur Verlagerung der Walliser Aluminiumindustrie in billigere Regionen führen, war also nicht unbegründet – mochte auch niemand an den surreal anmutenden Abtransport der ganzen Fabrik gedacht haben. Das Projekt blieb geheim, denn man befürchtete bei einer Bekanntgabe einen medialen Backlash : « [T]here are emotions and politics in Steg which need to be taken into consideration »¹⁴⁶. Mit der künftigen Betreibergesellschaft in Taiyuan bestand eine am 15.7.1994 in Zürich unterzeichnete Absichtserklärung, in welcher der Verkaufspreis (inkl. Transport) auf gerade mal 20 Mio. SFr. veranschlagt wurde¹⁴⁷. Das Geschäft kam jedoch nicht zum Abschluss; aus den Unterlagen geht nicht hervor, wann und wieso es geplatzt ist. Mitte November 1994 beschied die Alusuisse, trotz der zuvor abgegebenen Erklärungen die Elektrolyse Steg während 15 Monaten mit reduzierter Kapazität weiterbetreiben zu wollen. Begründet wurde die überraschende Kehrtwende mit den Metallpreisen, die nun doch einen profitablen Betrieb ermöglichten¹⁴⁸. Ausschlaggebend dürften aber eher die günstigen Produktionsbedingungen gewesen sein. Die Kantonsregierung gewährte einen Wasserkraftsteuerrabatt von mindestens 1,2 Mio. SFr. pro Jahr,

141. StAW, CH AEV FTMH, 04/002, Licenciements Electrolyse Steg, mars 1994, 18.4.1994; StAW, CH AEV, FTMH, 04/002, BK Alu-suisse, Prot., 26.5.1994.

142. « Aluminiumrechnung geht nicht auf! », *Walliser Bote*, 19.5.1994, S. 9.

143. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0017, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 13.6.1994.

144. SWA, PA 600 b D 2-1 XI, A4 0017, Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 4.2.1994; ebd., Alusuisse-Lonza Holding AG, Prot. VR, 4.3.1994.

145. SWA, PA 600 b D 9-58, Urs Fischer an Dominique Damon, 12.8.1994.

146. Ebd., Beilage 5.

147. Ebd., Beilage 8.

148. SWA, PA 600 b D 9-58, Alusuisse, Limitierter und zeitlich befristeter Weiterbetrieb der Elektrolyse Steg, Nov. 1994; Willy Kerth, « 1994, der Beginn des Aufschwungs », *Alu Val* 197 (1994), S. 3–4

die WEG lieferte Strom zu subventionierten Preisen¹⁴⁹. Damit war in Steg ein jährlicher Nettogewinn von immerhin gut 19 Mio. SFr. möglich¹⁵⁰. Um unangenehmen Nachfragen zum Kurswechsel aus dem Weg zu gehen, verordnete das Management nach aussen Stillschweigen : « Il faut [...] tendre à «banaliser» cette nouvelle prolongation et par conséquent limiter l'information à l'obligatoire et au nécessaire afin qu'elle ne prenne pas un volume excessif », so die Anweisung der Direktion. Nicht einmal die Belegschaft durfte die Gründe des Weiterbetriebs erfahren¹⁵¹. Dies stellte die Werkleitung von Steg vor neue Herausforderungen, denn nun galt es, « genügend Leute für den Dreischichtenbetrieb zu bekommen. Unter Umständen müssen geeignete Leute ausserhalb des Betriebs rekrutiert werden, denn es ist aus naheliegenden Gründen nicht einfach Personal aus der Tagesarbeit für den harten Schichteneinsatz zu verpflichten »¹⁵². Gemeint waren damit Grenzgänger aus Italien, die man für die anstrengende Nacharbeit als billige Temporärarbeitskräfte anheuern wollte¹⁵³. Den Stellenabbau (sofern er nicht bereits vollzogen war) und den Sozialplan fror die Alusuisse zunächst bis zum Juni 1996 ein. Dann sollte der Betrieb geschlossen werden.

Mit dem Weiterbetrieb war die Hütte nicht gerettet. Sie würde es auch in den folgenden Jahren nie sein. Das Fallbeispiel Steg zeigt eine in der Schwebe gehaltene Betriebsschliessung auf Raten – die Drohung der Deindustrialisierung des Wallis war ein Verhandlungsmittel, um die Produktionskosten tief zu halten. Der Termin der Schliessung der Elektrolyse Steg wurde regelmässig nach hinten verschoben. Immer dann, wenn die Alusuisse bzw. das Nachfolgeunternehmen Alcan drohte, die Fabrik zuzumachen, gewährte die Kantonsregierung Steuerrabatte und Preisnachlässe¹⁵⁴. Auf 1996 folgte 1997, dann 1999, dann 2001, bis die Hütte im April 2006 schliesslich doch noch geschlossen wurde. Nach gewinnbringenden 13 Jahren wurden dieselben Gründe vorgebracht wie 1993/94 : Die Energiepreise seien viel zu hoch und die Übernahmeverhandlungen mit einer Auffanggesellschaft gescheitert. Die Argumente für die Betriebsschliessung mochten dieselben bleiben, doch die Bedingungen waren

149. SWA, PA 600 b D 9-58, Willy Kerth an Dominique Damon, 14.11.1994; StAW, CH AEV, FTMH, 04/002, BK Alusuisse, Prot., 24.11.1994.

150. SWA, PA 600 b D 9-58, Willy Kerth an Dominique Damon, 9.11.1994.

151. Ebd., Beilage 3 – « Es sollte [...] angestrebt werden, die erneute Verlängerung zu «banalisieren» und daher die Informationen aufs Obligatorische und Notwendige zu beschränken, damit sie nicht zu umfangreich ausfallen ».

152. « Gnadenfrist dank höherem Metallpreis ! », *Walliser Bote*, 23.11.1994, S. 7.

153. SWA, PA 600 b D 9-58, Willy Kerth an Dominique Damon, 19.10.1994. Vgl. zur Arbeitsmigration und ihrem Gebrauch : Saffia Shaukat, « Emigrer et travailler en Valais au rythme des saisons : une histoire d'exclusions », in Luc van Dongen u. Grégoire Favre (Hg.), *Mémoire ouvrière. Ouvriers, usines et industrie en Valais : à la croisée de l'histoire, de la mémoire et de l'art* (Sierre : Éd. Monographic, 2011), S. 79–91; Myriam Evéquoz, « Le Valais et les étrangers depuis 1945 », in Groupe valaisan de sciences humaines (Hg.), *Le Valais et les étrangers XIX^e–XX^e. Travaux et recherches 1992* (Sion, 1992), S. 123–189.

154. Knoepfli, *Im Zeichen der Sonne*, 200, S. 242.

unterdessen ganz andere, war doch die Alusuisse-Lonza Holding nach 1997 unter die Kontrolle der Börsenraider Martin Ebner und Christoph Blocher geraten, die in der Folge das Unternehmen aufspalten und die Teile unter ihrer zeitweiligen Kontrolle verselbständigen oder mit grossem Gewinn an den Meistbietenden verkaufen sollten¹⁵⁵. Der Vorschlag der Gewerkschaft Unia, die Steger Hütte zu verstaatlichen, um so die Arbeitsplätze zu retten, fand keine Beachtung. 160 Stellen gingen damit im Oberwallis verloren¹⁵⁶.

4 Zwei Aspekte der Betriebsschliessung

Wie gezeigt wurde, war die Stellung der Walliser Werke innerhalb des Alusuisse-Lonza-Konzerns lange Zeit eine widersprüchliche. Die Entwicklung der Betriebe wurde über Jahrzehnte von der im Schweizer Kontext abhängigen und rückständigen Ökonomie des Grenzkantons bestimmt, der billige Wasserkraft und billige Arbeitskräfte bereitstellte, aber auf Kapital und, angesichts fehlender weiterführender Bildungseinrichtungen, auf technisches Fachwissen von ausserhalb angewiesen war. Die Alusuisse übte aufgrund ihrer zentralen Stellung im Wallis eine politische Hegemonie aus – man sprach nicht von ungefähr vom « Kanton Alusuisse »¹⁵⁷. Umgekehrt genossen die Walliser Werke innerhalb des Konzerns einen gewissen Schutz, weil das Management negative Auswirkungen auf das Firmenimage befürchtete und deshalb weniger rabiāt vorging als an anderen Standorten. Mit der Vorsicht war es nach 1985 vorbei; fortan jagte im Wallis ein Abbauprogramm das nächste. Es schien so, als stünde gar die Verlagerung der gesamten Aluminiumproduktion und -verarbeitung bevor.

Die habituelle Passivität der Gewerkschaften – und mit ihr die Ohnmacht der Belegschaften – konnte dem nichts entgegensetzen. Mochten sie auch mit Streik drohen, wurde diese Möglichkeit aus politischen Gründen nie ernsthaft in Betracht gezogen. Der sich um 1993 formierende Protest gegen die angekündigte Betriebsschliessung in Steg äusserte sich denn auch als strukturpolitische Lobbyarbeit und nicht als Streikbewegung. Denkbar wäre eine solche gewesen – zumal die industriellen Beziehungen der Schweiz in der langen Krise der 1990er-Jahre im Wandel begriffen waren¹⁵⁸. Allerdings waren die seit Jahrzehnten auf Arbeitsfrieden und Konsenspolitik

155. Knoepfli, *Im Zeichen der Sonne*, S. 257–260. Die Lonza wurde verselbständigt, die Alusuisse an Alcan verkauft (später Rio Tinto); Betriebe der ehemaligen Alusuisse heute : Novelis (Hindalco) und Constellium.

156. « Das endgültige Aus für Steg! », *Walliser Bote*, 15.3.2006, S. 7; Knoepfli, *Im Zeichen der Sonne*, S. 200.

157. Garbely, « Kanton Alusuisse ».

158. Daniel Oesch, « Swiss Trade Unions and Industrial Relations After 1990. A History of Decline and Renewal », in Christine Trampusch u. André Mach (Hg.), *Switzerland in Europe. Continuity and Change in the Swiss Political Economy* (London : Routledge 2011), S. 82–102.

ausgerichteten Gewerkschaften (ungeachtet ihrer politischen Ausrichtung) konflikt- und streikunfähig geworden.¹⁵⁹ Sie wurden von Restrukturierungsprozessen geradezu überrollt, während die Unternehmen im Rahmen ihrer Finanzialisierung auf rigorose Spardiktate setzten und die zuvor hochgehaltene Sozialpartnerschaft direkt angriffen¹⁶⁰.

Die drohende Deindustrialisierung des Wallis durch Betriebsschliessungen und -verlagerungen können wir nun von zwei Seiten her betrachten : Einmal als den Versuch des Alusuisse-Lonza-Konzerns, sich der seit der Jahrhundertwende bestehenden räumlichen Bindung an das Wallis und seiner Arbeiter zu entledigen, um im Sinne eines Spatial Fix woanders profitablere Verwertungsbedingungen zu finden¹⁶¹. Und dann als Machtmittel des Managements – als Drohung –, um gegenüber den Behörden, den Gewerkschaften und den Belegschaften günstige Produktionsbedingungen durchzusetzen.

Lockerung der sozialräumlichen Bindungen

Handelte es sich im Fall der Hütte Steg um ein Beispiel für die Suche nach einem Spatial Fix, weil die Verluste im Wallis zu hoch waren – gerade, wenn man etwa an das Vorhaben denkt, die ganze Fabrik abzumontieren und nach China zu verschiffen ? Die Antwort scheint nur auf den ersten Blick eindeutig.

Spatial Fixes müssen ausgehandelt werden. Sie werden nicht einfach von Marktlagen vorgegeben (etwa einem tiefen Metallpreis), sondern sind vor allem von regionalen Kräfteverhältnissen und politischen Möglichkeitsräumen abhängig, die Verlagerungen fördern oder behindern können. An diesem Punkt setzte der Protest gegen die Betriebsschliessung und die durch sie beeinflusste öffentliche Strukturpolitik an. Nicht vergessen werden darf zudem, dass in den 1990er-Jahren die Finanzialisierung der Unternehmen neue Vorgaben setzte. Fortan galt es, kurzfristig möglichst hohe Gewinne zu erzielen, um den Börsenwert zu steigern ; und das umfasste auch den Verkauf wenig profitabler Unternehmensteile¹⁶². Steg dürfte eher in diesem Kontext zu verorten sein¹⁶³.

159. Vasco Pedrina u. Hans Schäppi, *Die grosse Wende in der Gewerkschaftsbewegung. Gewerkschaft Bau & Industrie und die Neuausrichtung der Gewerkschaften in den Neunzigerjahren* (Zürich : Rotpunktverl., 2021), S. 33-44.

160. Hug, « Verluderung der Sitten », S. 67–68.

161. Vgl. David Harvey, *The Limits to Capital*, 3. Aufl. (London : Verso, 2006) ; Giovanni Arrighi, « Spatial and Other «Fixes» of Historical Capitalism », in Christopher Chase u. Salvatore Babones (Hg.), *Global Social Change. Historical and Comparative Perspectives* (Baltimore : Johns Hopkins UP, 2006), S. 201–212.

162. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2018*, (Berlin : Suhrkamp, 2019), S. 73–74 ; Tanner, *Geschichte der Schweiz*, S. 493.

163. « Blocher will Steg schliessen », *Walliser Bote*, 27.12.1999, S. 9.

Von aussen betrachtet richtete sich der Protest gegen den Verlust der Arbeitsplätze, weil es im Oberwallis für geringqualifizierte ältere Industriearbeiter kaum Beschäftigungsperspektiven gab. Im Innern zielte er auf den Erhalt der bisherigen industriellen Beziehungen ab und besass damit ein restauratives Moment. Man wollte die vermeintlich einverständlichen Verhältnisse wiederherstellen¹⁶⁴. Darüber hinausweisende Ansätze wurden nicht in Betracht gezogen. Mit der Drohung, den Betrieb zu schliessen – und der damit verbundenen Befürchtung, der Konzern werde sich aus der Region zurückziehen –, stand das soziale Arrangement auf dem Spiel, das die Alusuisse an den Bergkanton und seine Bewohner band¹⁶⁵. Als ihnen der beeinflussbare Boden unter den Füßen weggezogen wurde, fanden sich die Walliser Industriearbeiter als zerfallendes Klassensegment wieder. Der Blick nach vorne verhies nichts Gutes.

Der einseitige Bruch brachte unterschiedliche Logiken zum Vorschein. Das Alusuisse-Management bediente sich einer dem Shareholder Value verpflichteten Marktlogik und stellte die Schliessung von Steg aus finanziellen Gründen als alternativlos dar. Die moralische Ökonomie der Vertragsgewerkschaften SMUV und CMV (deren Argumentation in jene der Pressure Group IG Alu einfloss) bezog sich dagegen auf tradierte quasi-gewohnheitsrechtliche Verfahrensweisen und Gerechtigkeitsvorstellungen, die nicht als eine Ressource für kommende Proteste wirkten, sondern im Gegenteil deren Befriedung im Sinn hatten¹⁶⁶. Die konfliktarmen industriellen Beziehungen der Jahre nach Mitte der 1950er-Jahre waren indes mit der Kaskade an Restrukturierungsmassnahmen der 1980er-Jahre arg unter Beschuss geraten. Steg war nur die jüngste Episode eines seit über zehn Jahre andauernden Abbaus, mit dem das Management fortwährend die Arbeitsplatzsicherheit infrage stellte, die Arbeitsbedingungen verschlechterte und die Gewohnheitsrechte der Gewerkschaften übergab¹⁶⁷. Aus ihrer Sicht setzte die Alusuisse damit ein bewährtes Arrangement aufs Spiel, für das sie sich loyal eingesetzt hatten, etwa mit ihrer Rückendeckung während des Fluorkriegs der 1970er-Jahre¹⁶⁸. Die Nachgiebigkeit der Betriebskommissionen, die Loyalität der Belegschaft und ihr Beitrag zur Profitabilität des Unternehmens wurde mit einem Schlag abgewertet. Die Welt stand Kopf. Man fühlte sich verraten : In der kollektiven Erinnerung haben die Beschäftigten der Walliser Werke

164. Vgl. Jim Phillips, Valerie Wright u. Jim Tomlinson, *Deindustrialisation and the Moral Economy in Scotland since 1955* (Edinburgh : Edinburgh UP, 2021), S. 43.

165. Vgl. Jefferson Cowie u. Joseph Heathcott, « The Meanings of Deindustrialization », in dies. (Hg.), *Beyond the Ruins : The Meanings of Deindustrialization* (Ithaca : ILR Press, 2003), S. 4–5.

166. Vgl. die Überlegungen zu restaurativen Arbeiter:innenprotesten bei Mustafa Doğan, « When Neoliberalism Confronts the Moral Economy of Workers : The Final Spring of Turkish Labor Unions », *European Journal of Turkish Studies* 11 (2010), S. 43–62.

167. Grob, « Bevor die Fabriken schliessen », Kap. 6.3, 6.6.

168. StAW, CH AEV, FTMH, 04/003, SMUV u. BK Alusuisse, Communiqué, 20.11.1985. Vgl. Elsig, « Pour les ouvriers valaisans ».

den Konzern international gross gemacht, die Gewerkschaften standen stets hinter dem Unternehmen – und wurden trotzdem mit harten Abbaumassnahmen bestraft. « Über Jahre », erklärten die Gewerkschaften, habe der Walliser Arbeiter « tatkräftig zum Wachstum und zur positiven Gewinnentwicklung der Alusuisse beigetragen. Heute wird ihm dafür gedankt, indem er auf die Strasse gestellt wird »¹⁶⁹.

Zu den tradierten Gerechtigkeitsvorstellungen zählte allerdings auch deren Beschränktheit. Das Arrangement galt in der Vorstellung nur für die Kernbelegschaft. Betrafen Abbauprogramme weniger gesicherte Teile – Temporäre, Frauen, Arbeitsmigranten mit beschränkten Aufenthaltsrechten –, dann hielten sich die Betriebskommissionen mit Kritik zurück¹⁷⁰. Sie vertraten die Ansicht, Temporäre und Grenzgänger seien durch (implizit : einheimische) Festangestellte zu ersetzen¹⁷¹. Der Umstand, dass immerhin ein Drittel der Steger Belegschaft aus italienischen Grenzgängern bestand, war ihnen kein Anlass, auf deren umso misslichere Lage bei einer Betriebsschliessung hinzuweisen, was den Protest um eine entscheidende Facette erweitert hätte¹⁷². Die von den Unternehmerverbänden vertretene Ansicht, bei Arbeitsmigranten handele es sich bloss um einen flexiblen « Konjunkturpuffer », dem man sich bei einer misslichen Wirtschaftslage wieder entledigte, wurde von Teilen der Walliser Gewerkschaften bis in die 1990er-Jahren hinein nicht nur toleriert, sondern als legitim erachtet¹⁷³.

Drohung und Diktat

Im November 2000 beklagte sich die Schweizer SMUV-Leitung an einer Medienkonferenz über das Vorgehen von Industrieunternehmen bei Massenentlassungen und sprach von einer « Verluderung der Sitten »¹⁷⁴. Was die Gewerkschaft als Empörung formulierte, war die Einsicht in die eigene Ohnmacht nach einem Jahrzehnt forcierter Deindustrialisierung, an deren Ende es gerade noch für moralische Appelle reichte¹⁷⁵. Betriebsschliessungen und -verlagerungen sollten insofern als Machtfrage

169. « Alu-Hütte Steg : Die Öfen gehen aus ! », *Walliser Bote*, 19.1.1993, S. 6. Vgl. zum Gefühl des Verrats : Grob, « Bevor die Fabriken schliessen », S. 286.

170. So bspw. bei der Auslagerung der Reinigungsarbeiterinnen : StAW, CH AEV, FTMH, 04/002, BK Alusuisse, Prot., 13.4.1983. Vgl. Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 83.

171. StAW, CH AEV, FTMH, 04/002, BK Alusuisse, Prot., 3.6.1993.

172. Zumal die Entlassung von Grenzgänger:innen durchaus ein Thema war : « 350 arbeitslose Grenzgänger », *Walliser Bote*, 21.1.1993, S. 18.

173. Vgl. zum Konjunkturpuffer-Modell : Fasel, *Fabrikgesellschaft*, S. 86–88 ; zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Arbeitsmigration : Jean Steinauer u. Malik von Allmen, *Weg mit den Barracken ! Die Immigranten in den schweizerischen Gewerkschaften 1945–2000* (Lausanne : Éd. d'en bas, 2000).

174. Hug, « Verluderung », S. 69.

175. 2004 würde sich der SMUV folgerichtig mit der Gewerkschaft Bau & Industrie zur grossen, branchenübergreifenden Unia zusammenschliessen, während die religiösen Gewerkschaften (darunter der CMV) 1998 die kleinere Syna bildeten.

thematisiert werden¹⁷⁶. Die im Zuge der Finanzialisierung der Unternehmen in den 1990er-Jahren popularisierte Ideologie des Standortwettbewerbs setzte ein gegenseitiges Ausspielen von Belegschaften und Behörden voraus – doch muss das vor Ort erst durchgesetzt werden¹⁷⁷.

Das Fallbeispiel der 1993 angekündigten und 2006 schliesslich vollzogenen Schliessung der Elektrolyse Steg zeigt auf, wie ein international tätiger Konzern gezielt seine regionale Macht einsetzte, um für sich günstige Produktionsbedingungen zur Voraussetzung zu machen. Die Alusuisse drohte mit der Deindustrialisierung des Wallis; die Angst vor deren Folgen (wie Arbeitslosigkeit, steigende Sozialkosten, Abwanderung) war ihr Machtmittel.

Die Schliessung von Steg war eine beschlossene Sache, nicht aber der Ablauf und die Dauer. Sie würde sich über Jahre hinziehen, ein « Management by Stop-and-Go-and-Stop-and-Go again », wie es der *Walliser Bote* im August 1995 maliziös formulierte, das über dreizehn Jahre andauernde Hin und Her zwischen drohendem Ende und vorübergehendem Weiterbetrieb – einschliesslich der damit verbundenen Unsicherheit für die betroffenen Arbeiter¹⁷⁸. Durch eine gezielte Informationspolitik gelang es der Alusuisse, das Narrativ der Alternativlosigkeit zu streuen – gegenüber der Öffentlichkeit und der zögerlich handelnden Kantonsregierung wurden konsequent die zu hohen Metall- und Strompreise angeführt. Auf Verhandlungen mit den Vertragsgewerkschaften liess man sich gar nicht erst ein und musste es auch nicht, da sich deren Protest auf symbolische Aktionen beschränkte.

Bis Ende 1994 kam es zu einem inhaltlich zwar entgegengesetzten, aber parallelen Vorgehen von der zur Schliessung entschlossenen Alusuisse auf der einen und der für einen Erhalt der Arbeitsplätze lobbyierenden IG Alu auf der anderen Seite. Beide Akteure drängten die Kantonsregierung dazu, strukturpolitisch tätig zu werden: Das Unternehmen indirekt mit seinem ständigen Verweis auf die hohen Kosten; die Pressure Group direkt, indem sie den Kanton aufforderte, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einzusetzen. Und das hiess: die für den rentablen Weiterbetrieb der Hütte nötigen Bedingungen zu schaffen. Strukturpolitik blieb ein passives Konzept – an eine Verstaatlichung oder zumindest eine öffentliche Beteiligung dachte niemand.

Am Ende überwog die Macht der Alusuisse, sich nach dem geplatzten Weiterverkauf der Fabrikanlagen vorteilhafte Steuererleichterungen und subventionierte Strompreise zu verschaffen. Das würde sie und ihr Nachfolgeunternehmen Alcan in den

176. Vgl. Toby Boraman, « Resistance to Destructuring in the 1980s », *Labour History Project Bulletin* 82 (2021), S. 17–24.

177. Vgl. Andy Pike, « Deindustrialization », in Audrey Kobayashi (Hg.), *International Encyclopedia of Human Geography*, 2. Aufl. (Amsterdam: Elsevier, 2020), S. 220.

178. « Alusuisse: VS-Arbeitsplätze auf Bewährung? », *Walliser Bote*, 31.8.1995, S. 7.

folgenden Jahren regelmässig wiederholen. Es fällt auf, dass die im internationalen Vergleich tiefere Profitabilität der Elektrolyse ein Stück weit in den Hintergrund geriet. Viel wichtiger war es, die Bedingungen für den Weiterbetrieb diktieren zu können (wozu auch die Macht zählte, die eigenen Kraftwerke dem Kanton zu überhöhten Preisen zu verkaufen, was diesen, Ende der 1990er-Jahre, in eine finanzielle missliche Lage bringen sollte). Wir finden hier deshalb Ansätze zu einem Wirtschaften mittels « Profits by Predation », also einer von der Öffentlichkeit finanzierten, mit der Drohung der Deindustrialisierung begründeten und der Macht eines international agierenden Konzerns durchgesetzten Aneignung von Extraprofiten ¹⁷⁹.

179. Vgl. Robert Brenner, « Escalating Plunder », *New Left Review* 123 (2020), S. 22.